

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

TADSCHIKISCH-AFGHANISCHE GRENZMÄRKTE STUDIERENDE AUS KIRGISTAN IN DEUTSCHLAND

■ ANALYSE		
Tadschikisch-afghanische Grenzmärkte. Potenziale und Einschränkungen		2
Von Hagen Ettner, Duschambe		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Daten zu den tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten		6
<hr/>		
■ ANALYSE		
Bleiben oder Zurückkehren?		
Studierende aus Kirgistan in Deutschland zwischen sozioökonomischen Interessen und Entwicklungspolitik		10
Von Nargiza Abdullaeva, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Kirgisische Studenten und das Studium in Deutschland		13
<hr/>		
■ CHRONIK		
21. Juni – 18. Juli 2014		17



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen werden unterstützt von:

MANGOLD
Consulting

VDW
Verband der Deutschen
Wirtschaft in der
Republik Kasachstan

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Tadschikisch-afghanische Grenzmärkte. Potenziale und Einschränkungen

Von Hagen Ettner, Duschanbe

Zusammenfassung

Die Austauschbeziehungen über die Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan sind problembehaftet. Die Grenzregion auf beiden Seiten ist strukturell benachteiligt. In den letzten Jahren sind vier Grenzmärkte mit dem Ziel eingerichtet worden, die Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Grenzregion zu verbessern und zur Festigung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Afghanistan und Tadschikistan beizutragen. Diesem Anspruch werden sie gerecht. Auch wenn in den letzten beiden Jahren erhebliche Umsatzsteigerungen zu verzeichnen sind, bleibt jedoch die ökonomische Strahlkraft der Märkte begrenzt. Gründe dafür sind mangelnder politischer Wille, die fehlende Infrastruktur auf afghanischer Seite und das geringe ökonomische Potenzial der tadschikisch-afghanischen Grenzregion. Aus den bisherigen Erfahrungen kann für neue Märkte, vor allem an der Grenze mit Kirgisistan und Usbekistan gelernt werden.

Tadschikistan und Afghanistan teilen eine 1.344 km lange Grenze, die über 1.135 km entlang der Flüsse Pamir, Pjandsch und Amurdarja führt und das Gebiet Chatlon sowie das Autonome Gebiet Berg-Badachschan Tadschikistans von drei Provinzen Afghanistans trennt. Diese Grenze ist in der Regel Objekt der Sorge. Drogen werden in großem Stil geschmuggelt und der Konflikt in Afghanistan droht in Form von grenzüberschreitendem Terrorismus und islamistischer Oppositionsbildung nach Tadschikistan überzugreifen. Dass sich entlang der Grenze marginalisierte, sozioökonomisch benachteiligte Gebiete befinden, verschärft die Problematik noch.

Grenzüberschreitende Themen veränderten sich in den letzten drei Jahrzehnten sehr stark. Zum Ende der Sowjetunion gab es praktisch keine wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen – und von wenigen militärisch genutzten Brücken abgesehen keine Verbindungen über die Grenzflüsse. Erst nach einigen Jahren der Unabhängigkeit Tadschikistans wuchs das Bewusstsein für die Notwendigkeit und Potenziale der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit dem südlichen Nachbarland. Die zentrale Entwicklung für Handel zwischen den beiden Ländern war die Eröffnung einer Autobrücke über den Pjandsch in Nischnij Pjandsch im August 2007. Die von den USA finanzierte Brücke verbindet nicht nur Duschanbe und Kabul. Sie stellt auch ein wichtiges Bindeglied im Netzwerk der Transportkorridore dar, die im Rahmen der Central Asia Regional Economic Cooperation (CAREC) zur Anbindung der zentralasiatischen Binnenstaaten an eurasische und globale Märkte ausgebaut werden. Mit der Brücke stieg der tadschikisch-afghanische Handel signifikant. Schätzungsweise 95 % des Warenaustauschs zwischen Tadschikistan und Afghanistan erfolgt über diese Brücke.

In den letzten Jahren wurden fünf weitere Brücken über den Pjandsch gebaut, vier davon verbinden die beiden Badachschan. Finanziert wurden sie vor allem vom Aga Khan Development Network (AKDN), zum

Teil auch mit Mitteln des deutschen Auswärtigen Amts durch die PATRIP-Stiftung. Diese Brücken dienen zwar auch ökonomischen Zwecken, haben aber umfassender zum Ziel, isolierte Regionen mit vielfältigen geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten miteinander zu verbinden.

Die beiden Badachschan – getrennt vereint

Die tadschikisch-afghanische Grenze wurde Ende des 19. Jahrhunderts als Ergebnis des »Great Game«, des Kampfes um die Vorherrschaft in Zentralasien zwischen dem Russischen Reich und Großbritannien, festgelegt. Die Grenzziehung führte zur Teilung der historischen Region Badachschan, deren Bewohner Sprachen, Kultur sowie vielfach den ismailitischen Glauben teilten. In der Sowjetzeit entwickelten sich die beiden Badachschan, das Autonome Gebiet Berg-Badachschan (GBO) auf tadschikischer und die Provinz Badachschan auf afghanischer Seite, unabhängig voneinander. Während sich in GBO das Bildungsniveau erhöhte, die Infrastruktur und Gesundheitsversorgung ausgebaut wurde und die Elektrifizierung zunahm, blieben diese Entwicklungen auf afghanischer Seite im Wesentlichen aus.

Dennoch gehören heutzutage beide Teile Badachschan in ihren Ländern zu den Gebieten mit den höchsten Armutsraten. Auf tadschikischer Seite wird der Lebensunterhalt vor allem mit Landwirtschaft (hauptsächlich Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Futter), Viehhaltung, Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten sowie Handel bestritten. Haushalte auf afghanischer Seite leben ähnlich, vor allem von Handel, Landwirtschaft (darunter auch Reis, Walnüsse, Pistazien und Maulbeeren), Viehhaltung, aber auch Handwerk und Dienstleistungen spielen hier eine Rolle. Die Verkehrsinfrastruktur ist schlecht: Die Hälfte der Provinz ist nicht an Straßen angebunden, nur ein Viertel der bestehenden Straßen kann ganzjährig von Autos befahren werden. Hohe Gebirgsketten machen Badachschan zu

einem der am schwersten erreichbaren Gebiete Afghanistans. Die Transportkosten zwischen der Grenzregion und dem Rest Afghanistans sind entsprechend sehr hoch. Daher kommt dem Zugang nach Tadschikistan eine große Bedeutung zu.

Märkte für die Grenzregionen¹

Bereits Mitte der 1990er Jahre wurde in der auf tadschikischer Seite gelegenen Kleinstadt Ischkaschim der Grenzhandel zwischen Tadschikistan und Afghanistan vorangetrieben. Gründe dafür waren einerseits, dass der Bürgerkrieg in beiden Ländern zu weitgehender Unabhängigkeit der beiden Badachschan von ihren jeweiligen Zentren geführt hatte und andererseits, dass die prekäre Versorgungslage mit Lebensmitteln vor allem auf afghanischer Seite Handel zu einer Überlebensfrage machte. Doch erst nach Eröffnung der Brücken in Tem (Stadt Chorog; November 2002), Ruswaj (Bezirk Darwos; Juli 2004), Ischkaschim (Bezirk Ischkaschim; Oktober 2006) und Chumrogi (Bezirk Wansch; August 2011), nach entsprechenden Übereinkünften der tadschikischen und afghanischen Regierung sowie einer Verordnung der tadschikischen Regierung zu »Punkten des Grenzhandels« vom Oktober 2002 wurde der Grenzhandel offiziell gefördert. An allen vier Brücken wurden über die Jahre auf tadschikischer Seite Grenzmärkte auf- und ausgebaut, im Falle der Märkte in Ruswaj und Ischkaschim mit Mitteln der britischen Regierung und in Chumrogi – die Markteröffnung war im März 2014 – finanziert von der deutschen Bundesregierung.

Die Besonderheiten der tadschikisch-afghanischen Grenze und die politische Motivation für die Einrichtung der Grenzmärkte prägen deren Funktionsweise. Da die Grenze auf tadschikischer Seite unter enger Beobachtung steht, sind eine Reihe von Ministerien und Behörden mit den Grenzmärkten befasst, angefangen bei dem koordinierenden Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel über das Komitee für nationale Sicherheit, das Außenministerium, die Zollbehörde, das Gesundheits- und das Landwirtschaftsressort, die Standardisierungs- und die Baubehörde bis hin

zum Betreiber der Märkte, der Tadschikischen Vereinigung der Verbraucherverbände (Tajikmatlubot). Aufgrund der Vielzahl von Akteuren und der Sensitivität der afghanischen Grenze ist es nicht immer leicht, einen Konsens über die Eröffnung neuer Märkte, den rechtlichen Rahmen für den Betrieb und praktische Fragen zu erreichen. Die Märkte sind auf der tadschikischen Seite direkt vor der Brücke in einem abgegrenzten und bewachten Gebiet gelegen. Afghanische Händler und Kunden dürfen ohne Visum und mittlerweile sogar ohne (die häufig nicht vorhandenen) Ausweispapiere über die Brücke kommen, um den Markt zu besuchen. Während die Brücken täglich geöffnet sind, finden die Märkte grundsätzlich nur einmal in der Woche an Samstagen statt, offiziell von 8 bis 17 Uhr. Sie bleiben jedoch an tadschikischen Feiertagen sowie wegen Sicherheits- oder Gesundheitsrisiken häufiger geschlossen: 2013 fanden die drei Märkte insgesamt an 38 Tagen nicht statt, allein in Ischkaschim fielen 19 Markttag aus.

Nur Personen mit ständigem Wohnsitz in einem der beiden Badachschan dürfen sich als Händler auf den Grenzmärkten betätigen, was den regionalen Charakter der Märkte unterstreicht. Tatsächlich kommen aber mehr als 80 % der Marktteilnehmer aus einem Umkreis von nur einem bis fünf Kilometern.

Bis auf einfache Karren sind Transportmittel an Markttagen nicht erlaubt; die Waren werden in der Regel über die Brücke getragen. Es dürfen offiziell nur Waren und Dienstleistungen bis zu einem Wert von 1.000 US-Dollar pro Markttag und Person zollfrei über die tadschikische Zollgrenze transportiert werden. Die einzige Gebühr für Händler beträgt 1,50 Somoni (gut 20 Euro-Cent) pro Meter Verkaufsfläche, die an die Marktverwaltung zu entrichten sind. Diese Rahmenbedingungen zeigen, dass es bei der Einrichtung der Märkte zwar um ökonomische Aspekte ging, aber auch stark um die Versorgung der marginalisierten Bevölkerung in der Grenzregion mit Gütern des täglichen Bedarfs und damit um humanitäre Aspekte. Gerade für die afghanische Seite bieten die Grenzmärkte vor dem Hintergrund der desolaten inneren Verkehrsanbindung überhaupt erst Zugang zu einem Markt.

Waren, Händler, Kunden

Auf den Märkten werden vor allem Gebrauchsgüter wie Kleidung, Schuhe, Textilien, Teppiche, Parfüm, Arzneimittel, Haushaltswaren, kleine elektrische Geräte und Werkzeug verkauft. Verarbeitete Lebensmittel – Mehl, Zucker, Öl, Tee, Saft, Marmelade, Fleisch, Milchprodukte und Trockenfrüchte – stehen an zweiter Stelle, gefolgt von frischem Obst und Gemüse, vor allem Kartoffeln, Karotten, Zwiebeln, Äpfel, Reis, Bohnen, Kürbisse, Kohl und Melonen. Zudem werden Essen und

¹ Die Angaben im Folgenden beruhen vor allem auf einer unveröffentlichten »Cross-Border Economic Opportunity Study« der Aga Khan Stiftung in Tadschikistan vom März 2013, einem von ACTED im Auftrag der GIZ durchgeführten »Impact Assessment and Opportunity Analysis of Cross Border Economic Relations between Tajikistan and Afghanistan« (Februar 2014; ebenfalls unveröffentlicht), statistischen Daten, die lokale Partner der GIZ seit 2012 erheben und zusätzlichen Monitoringdaten des GIZ-Programms »Rahmenbedingungen und Finanzierung für Privatwirtschaftsentwicklung in Tadschikistan«, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit beauftragt ist und von UKaid/Department for International Development (DFID) kofinanziert wird.

Trinken für den direkten Verzehr, Baumaterialien und andere Artikel, beispielsweise handgemachte Holzprodukte, verkauft. Nur der Verkauf von Alkohol, Tabak und Schmuck unterliegt noch offiziellen Mengenbeschränkungen, Vieh wird aufgrund veterinärmedizinischer Bedenken zwischen den beiden Badachschan nicht gehandelt. Wegen hoher Kosten und fehlender Transportmöglichkeiten sind zudem Produkte wie frisches Obst und Gemüse, Lebensmittel sowie Kleidung und Stoffe nicht ausreichend verfügbar. Gleichwohl ist weniger der Umfang des Sortiments ein Problem als die Qualität.

Die Waren sind zum Teil Überschüsse eigener landwirtschaftlicher Produktion, zum Teil bieten afghanische Händler Waren an, die ihnen im Rahmen humanitärer Hilfe überlassen wurden. Ansonsten kommen die meisten Waren aus China, Russland, Iran sowie Pakistan und Tadschikistan.

Erhebungen einer lokalen NGO auf den Grenzmärkten haben ergeben, dass die Mehrzahl der dortigen Händler aus Afghanistan kommt. Das Durchschnittsalter aller Händler beträgt 42 Jahre. Auffallend ist das Bildungsgefälle. Tadschikische Händler haben in der Mehrzahl eine höhere oder berufliche Bildung genossen, während die afghanischen Händler meist nur über ein elementares Bildungsniveau verfügen. Der Frauenanteil unter den Händlern liegt insgesamt bei etwa einem Drittel. Aufgrund tradierter Geschlechterrollen und der eingeschränkten Freizügigkeit von Frauen in Afghanistan kommen weibliche Händler zu 90 % aus Tadschikistan.

Tadschikische Händler verdienen einen wesentlichen Teil ihres Einkommens auf den Grenzmärkten; für rund drei Viertel von ihnen sind es mehr als ein Viertel des monatlichen Einkommens. Die Mehrzahl der afghanischen Händler hat in Afghanistan ein Gewerbe, das den Hauptteil des Einkommens generiert. Für die meisten tragen die Grenzmärkte auch etwa zu einem Viertel zu dem Monatseinkommen bei, für etwa ein Drittel der Händler ist es sogar rund die Hälfte. Die Grenzmärkte sind dadurch attraktiv, dass sie zusätzliche Anbieter und Kunden erschließen und dass Kauf und Verkauf schneller stattfindet als auf regulären Märkten. Sowohl tadschikische als auch afghanische Grenzhändler konnten in den letzten fünf bis zehn Jahren ein steigendes Einkommen verzeichnen. Gründe hierfür sind vor allem Geschäftserweiterung, höhere Nachfrage und Zunahme des Großhandels mit der anderen Seite.

Schaut man sich die Umsatzentwicklung seit Anfang 2012 an – zu diesem Zeitpunkt wurde ein einheitliches Erhebungssystem eingeführt, das durch Erhebungen an jedem Markttag auf allen Märkten verlässliche Daten liefert – sieht man einen deutlichen Aufwärtstrend. 2012 lag der monatliche Umsatz auf den drei Grenzmärkten

an der afghanisch-tadschikischen Grenze bei durchschnittlich 71.561 Euro, 2013 bereits bei 103.781 Euro – mit weiterer Steigerung in den letzten Monaten.

Insgesamt sind die Kunden auf den Grenzmärkten mehrheitlich Tadschiken. Ein Grund dafür ist, dass es auf tadschikischer Seite Zufahrtsstraßen zu den Märkten und Transportmittel gibt. Auf afghanischer Seite hingegen ist der Zugang durch schlechte Straßen und Wege sowie rare Transportmittel schwieriger; häufig kommen Afghanen zu Fuß oder mit dem Esel zur Brücke. Zudem ist der Grenzübertritt zwar in letzter Zeit erheblich vereinfacht worden, es kann aber immer noch zu Verzögerungen kommen. Der Einkauf auf Grenzmärkten ist zudem für Tadschiken attraktiver, da die Preise auf lokalen, regulären Märkten und in lokalen Geschäften gut 30 % höher liegen. Der Hintergrund sind wohl geringere Kosten für die Händler auf den Grenzmärkten, der Verkauf größerer Mengen in kürzerer Zeit und günstige zollfreie Importe aus Afghanistan. Für afghanische Kunden sind die Preise zwar auch niedriger als auf lokalen Märkten, aber nur um etwa 10–20 %. Hintergrund sind hier wohl die grundsätzlich niedrigeren Zölle und Abgaben auf Importe nach Afghanistan, die importierte Waren zu relativ günstigen Preisen verfügbar machen.

Neben den Preisunterschieden ist auch die geringere Kaufkraft der afghanischen Kunden dafür verantwortlich, dass sie weniger kaufen als die Tadschiken und der Beitrag der Waren von Grenzmärkten zum gesamten Warenkorb bei ihnen entsprechend geringer ist. Zudem spielt für tadschikische Kunden auch der Großhandel auf Grenzmärkten eine größere Rolle. Sie sind mehrheitlich im Handel oder der Wirtschaft tätig und verkaufen die Waren, die sie auf dem Grenzmarkt erworben haben, weiter. Afghanische Kunden hingegen arbeiten vor allem in der Landwirtschaft. Insgesamt kann man davon ausgehen, dass tadschikische Kunden durch Einkäufe auf den Grenzmärkten ökonomisch mehr profitieren als afghanische.

Potenzial und Nutzen der Grenzmärkte

Die Märkte an der tadschikisch-afghanischen Grenze haben also positive Effekte auf Händler und Kunden aus dem nahen Einzugsgebiet. Händler beider Seiten verdienen einen Teil ihres Einkommens auf den Grenzmärkten und können ihre Lebensbedingungen verbessern, zum Teil zu Lasten der Händler auf regulären lokalen Märkten. Kunden aus beiden Badachschan profitieren von niedrigeren Preisen auf den Grenzmärkten – Tadschiken, die vor allem importierte Waren auf den Grenzmärkten zu günstigeren Preisen bekommen, mehr als Afghanen. Einsparungen werden vor allem für die Verbesserung des häuslichen Umfelds genutzt sowie für Bil-

dung und Gesundheitsfürsorge. Für die Afghanen haben die Grenzmärkte besondere Bedeutung dadurch, dass sie vor allem im Winter die einzigen Märkte sind, zu denen sie überhaupt Zugang haben. Im Zusammenspiel von Grenz- und lokalem Markt ist zu beobachten, dass die Grenzmärkte zur Stabilisierung der Preise beitragen.

Vor allem für Direktverkäufer, für die sich der Verkauf auf größeren Märkten nicht rechnet, stellen Grenzmärkte einen alternativen Markt für ihre lokal produzierten Güter dar. Die lokale Produktion wird folglich vor allem auf unterer Ebene gefördert. Zudem werden Dienstleistungen rund um den Markt ausgeweitet. So spielen Lagerung, Transport und Hilfsdienste auf dem Markt eine zunehmende Rolle. In der von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Grenzregion werden so zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Grenzmärkte sind darüber hinaus Orte des Austauschs zwischen den Gemeinschaften auf beiden Seiten des Flusses. Viele Händler von beiden Seiten berichten davon, dass sich durch die wirtschaftliche Interaktion auf den Grenzmärkten die kulturellen und freundschaftlichen Beziehungen vertieft und die persönlichen Beziehungen zu den Nachbarn verbessert und gefestigt haben. Auch verwandtschaftliche Beziehungen werden wiederbelebt. Händler, Kunden und Lokalverwaltungen beobachten, dass sich in den letzten Jahren insgesamt die Haltung den Nachbarn gegenüber verbessert hat, dass historische Verbindungen wiederaufleben und gegenseitiges Vertrauen zunimmt. Das lässt sich an der verbesserten Kooperation der Grenzbehörden ablesen, aber auch an gemeinsamen grenzüberschreitenden Initiativen jenseits der Märkte, zum Beispiel im Bereich der Katastrophenvorsorge oder der gemeinsamen Reinigung von Kanälen.

Ausblick und Einschätzung

Es gibt derzeit verschiedene Überlegungen zur Ausweitung des Grenzhandels. Zum einen wurden neue Grenzmärkte spiegelbildlich an der afghanischen Brückenseite der bestehenden Grenzmärkte gebaut. Sie sind noch nicht in Betrieb, da die afghanische Seite nach eigener Beurteilung nicht für die Sicherheit tadschikischer Händler und Kunden garantieren kann. Ob und wann sie eröffnet werden, ist unklar, ebenso wie sie sich auf den Grenzhandel auswirken werden: Verteilt sich das Handelsvolumen einfach oder gibt es tatsächlich einen Zuwachs?

Ein Dauerthema ist die Ausweitung der Öffnungstage. Es ist allgemein anerkannt, dass das Haupthindernis für Umsatzsteigerungen auf den bestehenden Märkten ihre Begrenzung auf einen Handelstag ist. Einer Ausweitung stehen von tadschikischer Seite zwei Hindernisse im Weg: Sicherheitsbedenken und Befürchtun-

gen, dass die Zollfreiheit auf den Grenzmärkten – wenn sie auch begrenzt ist – Staatseinnahmen verhindert bzw. verringert. Es ist daher derzeit nicht absehbar, dass sich die Anzahl der Öffnungstage in näherer Zukunft erhöhen wird.

Pläne der tadschikischen Regierung sehen die Einrichtung weiterer 23 Märkte vor, nicht nur an der Grenze zu Afghanistan, sondern auch zu Kirgistan und Usbekistan. Märkte an der kirgisischen Grenze unterscheiden sich erheblich von den oben beschriebenen. Auch wenn die Grenze bzw. einzelne Grenzabschnitte immer wieder temporär geschlossen werden, ist sie grundsätzlich, nicht zuletzt wegen des visafreien Verkehrs zwischen den Nachbarländern, viel offener als die Grenze zu Afghanistan. Das ökonomische Potenzial ist deutlich höher. So generiert zum Beispiel ein Markt in Lakhsch (Bezirk Jirgital), obwohl er auch nur ein Mal in der Woche geöffnet ist, gut doppelt so hohen Umsatz wie die Märkte an der afghanischen Grenze zusammen. Märkte an der Grenze zu Usbekistan haben sicher ökonomisches Potenzial und Kooperationserfahrungen der Behörden, aber auch der Kunden und Händler, bei der gemeinsamen Nutzung eines Marktes könnte zur Vertrauensbildung zwischen beiden Ländern beitragen. Ob gemeinsame Märkte allerdings in absehbarer Zukunft politisch ermöglicht werden, ist sehr fraglich.

Insgesamt stellt sich beim Bau neuer Märkte die Frage nach der Zielsetzung. Grenzmärkte haben das Potenzial zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung im Einzugsgebiet der Märkte beizutragen, wirtschaftliche Impulse zu geben und vertrauensbildend zu wirken. Aus ökonomischer Sicht stellt sich jedoch die Frage, ob vor dem Hintergrund sehr knapper Haushaltsmittel Tadschikistans Investitionen in eine Infrastruktur lohnen, die nur einmal in der Woche für ein paar Stunden genutzt wird und deren Betrieb bislang auch noch nicht durch Einnahmen von den Nutzern der Märkte finanziert wird.

Potenzial könnte vor allem darin liegen, die Grenzmärkte als Plattform oder Ausgangspunkt für andere Formen grenzüberschreitenden Handels bzw. grenzüberschreitender wirtschaftlicher Kooperation zu nutzen. Eine stärkere Anbindung der Grenzregionen an Lieferketten auf beiden Seiten der Grenze erscheint erfolgversprechend. Grenzüberschreitende gemeinsame Unternehmungen und arbeitsteilige Kooperation sind vor allem in der Lebensmittelverarbeitung vorstellbar.

Information über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Hagen Ettner ist stellvertretender Leiter des Programms »Rahmenbedingungen und Finanzierung für Privatwirtschaftsentwicklung in Tadschikistan«, das von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mit Ko-Finanzierung vom britischen Department for International Development/UKaid durchgeführt wird.

Lesetipps:

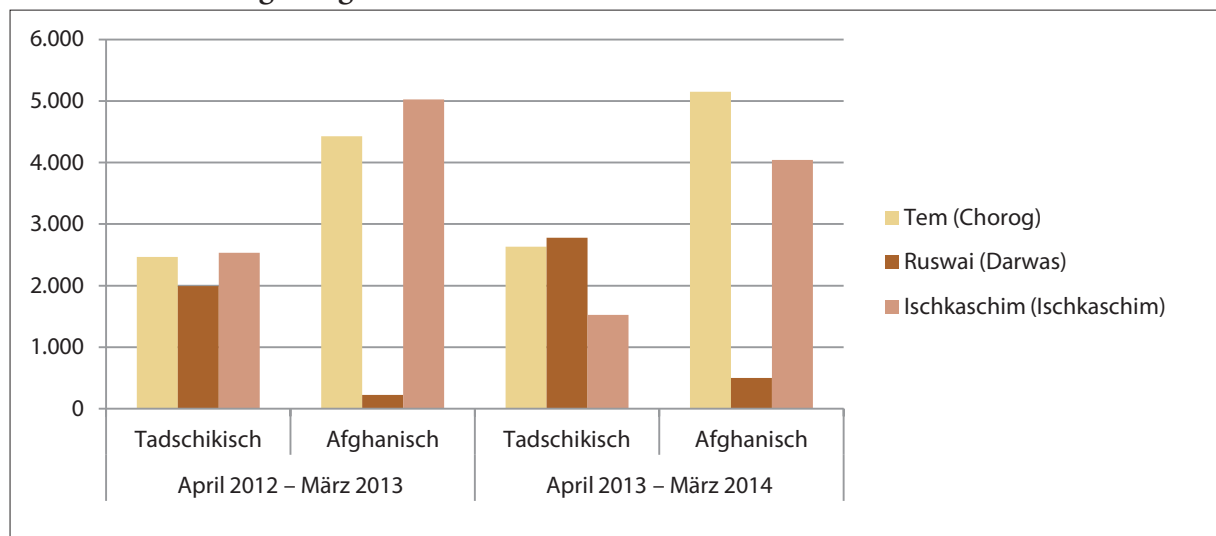
- Khodjamakhmad Umarov, Trade and Economic Relations between the Republic of Tajikistan and the Islamic Republic of Afghanistan, University of Central Asia Working Paper No. 13, 2013 = <www.ucentralasia.org/downloads/UCA-IPPA-WP13-TajikAfghanTrade-Eng.pdf>
- Voluntary Services Overseas (VSO) Tajikistan: Afghanistan and Tajikistan Cross Border trade project, = <<http://www.youtube.com/watch?v=cAdqPMLs0cQ>>
- Website der PATRIP Foundation. Stichwort: Afghan-Tajik Border Region, unter: <www.patrip.org/en/afgh-taj-border/>
- Website des Programms »Rahmenbedingungen und Finanzierung für Privatwirtschaftsentwicklung in Tadschikistan«. Stichwort: Cross-Border Trade, = <<http://ffpsd.tj/workfields/104/>>

Die Analysen und Meinungen in diesem Artikel spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung und offizielle Politik der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH wider.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Daten zu den tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten

Grafik 1: Zahl der Händler auf tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten nach Staatsangehörigkeit

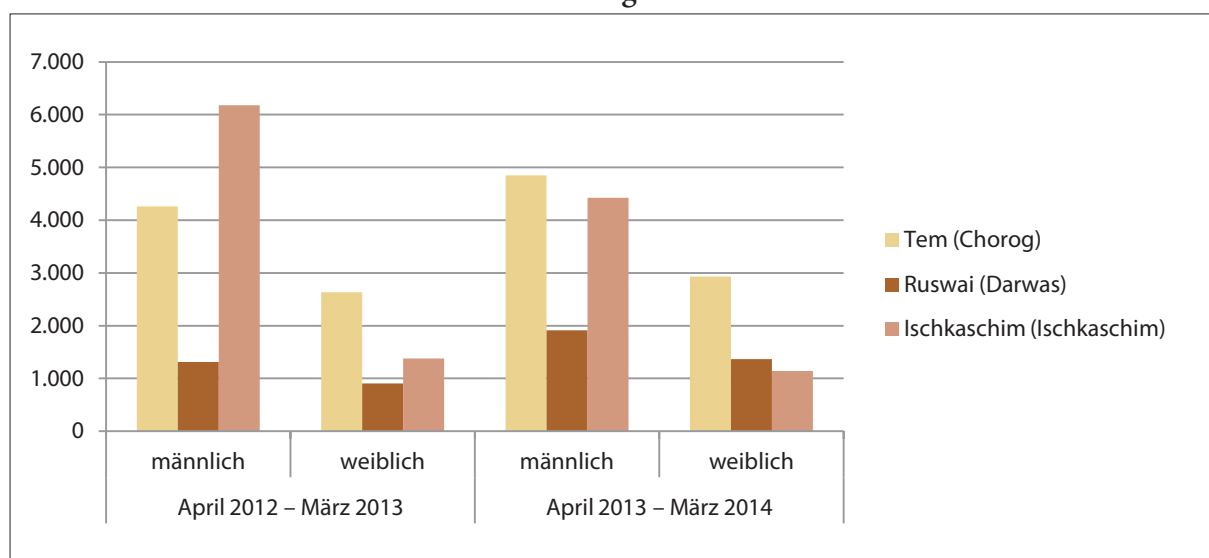


Anmerkung zur Legende: Markt (Bezirk)

Tabelle 1: Zahl der Händler auf tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten nach Staatsangehörigkeit

Markt (Bezirk)	April 2012 – März 2013		April 2013 – März 2014	
	Tadschikisch	Afghanisch	Tadschikisch	Afghanisch
Tem (Chorog)	2.468	4.427	2.633	5.148
Ruswai (Darwas)	1.994	227	2.777	503
Ischkaschim (Ischkaschim)	2.532	5.026	1.525	4.043
Gesamt	6.994	9.680	6.935	9.694
<i>Gesamt für ein Jahr</i>	<i>16.674</i>		<i>16.629</i>	
<i>Monatlicher Durchschnitt</i>	<i>1.390</i>		<i>1.386</i>	

Grafik 2: Zahl der Händler auf tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten nach Geschlecht



Anmerkung zur Legende: Markt (Bezirk)

Tabelle 2: Zahl der Händler auf tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten nach Geschlecht

Markt (Bezirk)	April 2012 – März 2013		April 2013 – März 2014	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Tem (Chorog)	4.259	2.636	4.848	2.933
Ruswai (Darwas)	1.313	908	1.915	1.365
Ischkaschim (Ischkaschim)	6.177	1.381	4.423	1.145
Gesamt nach Geschlecht	11.749	4.925	11.186	5.443
<i>Gesamt für ein Jahr</i>	<i>16.674</i>		<i>16.629</i>	

Grafik 3: Zahl der weiblichen Händler auf tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten nach Staatsangehörigkeit

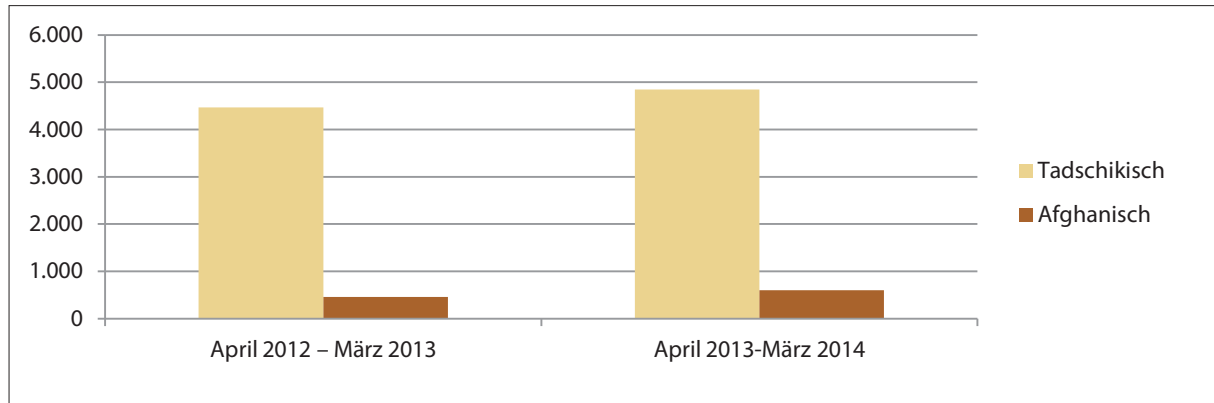


Tabelle 3: Zahl der weiblichen Händler auf tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten nach Staatsangehörigkeit

	April 2012 – März 2013	April 2013 – März 2014
Tadschikisch	4.466	4.845
Afghanisch	459	598
Gesamt	4.925	5.443

Tabelle 4: Umsatzstatistik von drei tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten nach Produktgruppen (in Euro)

Produktgruppen	April 2012 – März 2013	April 2013 – März 2014	Änderung 2012–2013 in %
Gebrauchsgüter ohne Lebensmittel (z. B. Kleidung, Schuhe, Textilien, Teppiche, Parfüm, Arzneimittel, Haushaltswaren, kleine elektrische Geräte, Werkzeug)	539.741	822.904	+ 52
Verarbeitete Lebensmittel (z. B. Mehl, Zucker, Öl, Tee, Saft, Marmelade, Fleisch, Milchprodukte, Trockenfrüchte)	182.086	302.968	+ 79
Unverarbeitete Lebensmittel (z. B. Kartoffeln, Karotten, Zwiebeln, Reis, Bohnen, Kürbisse, Kohl, Melonen)	59.761	143.704	+ 140
Essen und Getränke für den direkten Verzehr	34.523	43.245	+ 25
Baumaterialien (z. B. Holz, Balken, Nägel, Zement, Türen, Fenster)	4.179	19.665	+ 371
Andere	30.126	61.774	+ 105
Gesamt	850.416	1.394.260	+ 67
<i>Monatlicher Durchschnitt</i>	<i>70.868</i>	<i>116.188</i>	<i>+ 67</i>

Tabelle 5: Umsatzstatistik von drei tadschikisch-afghanischen Grenzmärkten nach Märkten, mit einem Vergleichsmarkt Lakhsch an der tadschikisch-kirgisischen Grenze (in Euro)

Markt (Bezirk)	2012	2013	April 2013 – März 2014
Tem (Chorog)	316.203	668.683	717.183
Ruswai (Darwas)	130.145	184.643	192.178
Ischkaschim (Ischkaschim)	412.380	392.050	445.268
<i>Summe der tadschikisch-afghanischen Grenzmärkte</i>	<i>858.728</i>	<i>1.245.376</i>	<i>1.354.629</i>
Tadschikisch-kirgisischer Grenzmarkt Lakhsch (Jirgital)	1.346.371	3.032.790	2.937.740

Alle Angaben zu den Grenzmärkten in GBAO beruhen auf Erhebungen der NGO »Promotion of Cross Border Trade in GBAO«, die im Auftrag der GIZ nach einer mit dem statistischen Amt Tadschikistans abgestimmten Methode an jedem Markttag durchgeführt werden. Trotz aller Bemühungen, möglichst exakte Daten zu erheben, sind die Zähler auf den Märkten mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert, so dass mit einer relevanten statistischen Streuung zu rechnen ist. Zur Veranschaulichung von Trends sind sie jedoch sehr hilfreich.

Bleiben oder Zurückkehren?

Studierende aus Kirgistan in Deutschland zwischen sozioökonomischen Interessen und Entwicklungspolitik

Von Nargiza Abdullaeva, Berlin

Zusammenfassung

Statistiken deutscher Universitäten weisen eine seit 20 Jahren stetig steigende Zahl zentralasiatischer und also auch kirgisischer Studenten aus. Eine Umfrage der Verfasserin zeigt, dass die Mehrheit von ihnen nach Studienabschluss nicht nach Kirgistan zurück kehren möchte. Dies trifft sich mit dem neuen deutschen Interesse am Verbleib ausländischer Studienabsolventen zur Bekämpfung des wachsenden Fachkräftemangels in Deutschland. Doch führt dies zugleich zu einem Verlust von Humankapital und damit einer Minderung der Zukunftschancen Kirgistans, daher fordert die Verfasserin eine Intensivierung der Rückkehrhilfen nach Kirgistan.

In Deutschland wird seit mehreren Jahren intensiv über Probleme des demographischen Wandels und dem damit verbundenen Fachkräftemangel diskutiert. Experten vertreten schon seit einiger Zeit die Ansicht, dass eine selektive Einwanderungspolitik einer der wichtigsten Punkte auf der demographie-politischen Agenda Deutschlands sein sollte. Deshalb wurden in den letzten Jahren Liberalisierungsmaßnahmen ergriffen, um hochqualifizierte Ausländer in Deutschland zu halten und neue ins Land zu holen. Internationale Studierende spielen hierbei eine besondere Rolle, denn sie repräsentieren eine Art von »Idealzuwanderern«, wie der bekannte Migrationsforscher Klaus Bade einmal angemerkt hat. Sie sind nicht nur jung und hoch qualifiziert, sondern sprechen in der Regel bereits gut Deutsch, sind mit Land und Leuten vertraut und haben häufig bereits während ihres Studiums die deutschen Arbeitsmarktbedingungen kennengelernt. Da jedoch viele ausländische Studierende aus Entwicklungs- und Transformationsländern kommen und nach dem Studienabschluss in Deutschland bleiben und/oder sich hier niederlassen wollen, sehen sich ihre Herkunftsländer mit der Problematik des Brain Drain, also des Verlusts von Hochqualifizierten, konfrontiert. Das stellt auch die Entwicklungspolitik Deutschlands vor Herausforderungen, denn die Förderung der Rückkehr ausländischer Fachkräfte in ihre Heimatländer (Reintegration von Fachkräften) ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Kirgistan gehört zu den Staaten, die von dieser Situation stark betroffen sind. Nach Angaben der UNESCO hat die Region Zentralasien eine der weltweit höchsten Raten studentischer Mobilität. Kirgistan ist trotz der geringsten Einwohnerzahl (rund 5,72 Mio. im Jahr 2013) aller zentralasiatischen Staaten nach Kasachstan und Usbekistan das drittgrößte Entsendeland in der Region von Studenten nach Deutschland. Für kirgisi-

sche Studenten ist Deutschland der beliebteste Studienort unter den Staaten der Europäischen Union (EU). Wie viele von ihnen nach Abschluss des Studiums in Deutschland bleiben, ist wegen fehlender Zahlen nicht bekannt. Die Statistiken zeigen nur, dass die Tendenz der Abwanderung von Studenten, die in Kirgistan bereits einen Studienabschluss erworben haben, nach Deutschland von Jahr zu Jahr steigt. Eine von der Autorin durchgeführte, allerdings quantitativ nicht repräsentative Online-Umfrage unter in Deutschland studierenden kirgisischen Staatsbürgern kann daher wichtige erste Informationen über ihre Rückkehrintentionen geben und damit vielleicht auch Anregungen zu den gegenwärtigen entwicklungspolitischen Strategien Deutschlands im Bereich Rückkehrförderung von Hochqualifizierten.

Deutschland als attraktives Zielland für ausländische Studierende

Nach Angaben der OECD hat sich die Zahl internationaler Studierender weltweit im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends auf 4,5 Mio. mehr als verdoppelt. Bis 2025 wird sogar ein Anstieg der Zahl ausländischer Studierender auf bis zu 8 Mio. erwartet. Deutschland nahm mit einem Anteil von 6,3 % aller internationalen Studierenden 2013 weltweit den dritten Platz nach USA (16,5 %) und Großbritannien (13 %) ein. Im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe hat man Studien- und Aufenthaltsbedingungen in Deutschland verbessert und u. a. eine umfassende Internationalisierung von Forschung und Lehre in Angriff genommen. Seit einigen Jahren versucht man mit zahlreichen Mitteln, die deutsche Hochschullandschaft zu modernisieren und eine Willkommenskultur gegenüber den Hochqualifizierten zu schaffen. Neben kleineren Schritten, die schon seit 2005 gemacht worden sind, ist hier eine Reihe von Liberalisierungsmaßnahmen für internationale Studierende und Absolventen, sowohl schon in Deutschland

lebenden, als auch (noch) im Ausland befindlichen, zu nennen. Am 1. August 2012 ist das Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der EU in Kraft getreten und hat zu den Neuerungen im Aufenthaltsrecht geführt. Ausländische Studierende dürfen jetzt während ihres Studiums in Deutschland jährlich 120 Tage Vollzeit (bisher 90 Tage) und 240 Tage Teilzeit (bisher 180 Tage) arbeiten. Nach ihrem Studienabschluss an einer deutschen Hochschule dürfen internationale Absolventen nun im Land bleiben und innerhalb von 18 Monaten (bisher 12 Monate) nach einem angemessenen Arbeitsplatz suchen und währenddessen uneingeschränkt arbeiten. Auch eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit wird nicht mehr benötigt, wenn ein passender Arbeitsplatz gefunden ist. Zudem wurden die Regelungen für das Erteilen der Niederlassungserlaubnis (zeitlich unbefristetes Aufenthaltsrecht) für internationale Absolventen vereinfacht. Darüber hinaus versucht man im Rahmen der EU Blue Card hochqualifiziertes Personal aus Nicht-EU-Staaten nach Deutschland zu locken. Diese Karte kann beantragen, wer mit einem anerkannten aus- oder inländischen Hochschulabschluss einen möglichen Arbeitsvertrag mit einem Mindestgehalt von 47.600 Euro jährlich vorweisen kann, bei den MINT-Mangelberufen (Mathematiker, Informatiker, Naturwissenschaftler und Technische Berufe) reicht sogar schon ein Mindestgehalt von 37.128 Euro. Bei Bewilligung der Blue Card kann er dann bis zu vier Jahre in Deutschland arbeiten. Für Deutschland, das viele Jahre als restriktives Migrationsland galt, sind diese Maßnahmen, die im Grunde sogar über die EU-Richtlinien hinausgehen, ein Schritt in Richtung liberaler Einwanderungspolitik und ein Indiz für das Bekenntnis zum Einwanderungsland. Unter ausländischen Studierenden gilt Deutschland mit seinen gebührenfreien Universitäten bzw. niedrigen Studiengebühren, insbesondere bei Ingenieur- und Naturwissenschaften, und auch den insgesamt relativ niedrigen Lebenshaltungskosten ohnehin als attraktives Studienland.

Laut einer im April 2012, also noch vor den erwähnten Liberalisierungsmaßnahmen, durchgeführten Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), wollten fast zwei Drittel der 6.200 Studierenden (Masterstudenten und Doktoranden) aus Nicht-EU-Ländern nach dem Abschluss des Studiums im Studienland bleiben und eine Arbeit aufnehmen, wenn die Aufenthaltsbedingungen dafür einfacher wären. Mit etwa 80 % der Masterstudenten und 67 % der Doktoranden, die nach dem Studium in Deutschland bleiben möchten, nahm Deutschland den ersten Platz unter allen Befragten in den fünf untersuchten Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und Schweden) ein. Da die

Entscheidung über Verbleib oder Nichtverbleib im Gastland komplex ist und neben den in den Aufnahmeländern existierenden Faktoren (»pull factors«) auch von den in den Entsendeländern existierenden Faktoren (»push factors«) abhängig ist, kann angenommen werden, dass ungünstige Konstellationen in den Heimatländern den Bleibewillen der Studierende nach dem Studienabschluss im Gastland verstärken. Es kommen variierend noch persönliche Faktoren sowie auch eingreifende Faktoren (»intervening factors« z. B. geografische Entfernung des Heimatlandes) hinzu.

Studierende aus Kirgistan und ihre Zukunftspläne

Die in der SVR-Studie ermittelten niedrigen Quoten der Rückkehrbereitschaft werden durch eine von Anfang Dezember 2012 bis Ende Februar 2013 durchgeführte Online-Befragung unter zu diesem Zeitpunkt an deutschen Hochschulen Studierenden aus Kirgistan bestätigt. Die Ergebnisse sind Teil einer größeren Umfrage, bei der Studenten aus Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan insgesamt 150 geschlossene und offene Fragen gestellt wurden. Die Rücklaufquote der befragten Studenten aus Kirgistan lag bei 64 Personen. Damit ist das Ergebnis nicht repräsentativ, d. h. nicht für alle Studierenden aus Kirgistan in Deutschland verallgemeinerbar, stellt aber »eine authentische Repräsentation« dar, die einen Überblick über die Rückkehrtendenzen unter den kirgisischen Studierenden in Deutschland ermöglicht.

Auf die Frage über Pläne/Absichten nach dem Absolvieren des Studiums in Deutschland antwortete die große Mehrheit der Befragten – 54 von 64 Befragten – dass sie planten, nach ihrem Studienabschluss zunächst für einige Zeit in Deutschland zu bleiben und erst danach nach Kirgistan zurückzukehren (35 Personen) oder sich ganz in Deutschland niederzulassen (19 Personen). Lediglich ein/e Befragte/r wollte sofort nach Beendigung des Studiums nach Kirgistan zurückkehren, eine Person wollte zwischen Deutschland und Kirgistan pendeln. Fünf Befragte stimmten für die Option »in ein drittes Land ziehen«. Die übrigen gaben an noch keine Pläne zu haben oder fanden die Frage nicht wichtig. Ganz offensichtlich kommen also immer mehr junge Menschen aus Kirgistan mit einem Studentenvisum nach Deutschland, um hier langfristige Zukunftspläne zu verwirklichen. Studentemigration wird offenbar als ein Weg zur permanenten Migration genutzt.

Die ganz überwiegende Mehrzahl der kirgisischen Studenten kommt bereits hochqualifiziert nach Deutschland. 57 der 64 kirgisischen Befragten hatten vor ihrer Einschreibung an einer deutschen Universität bereits einen Hochschulabschluss in Kirgistan erworben: 25 Personen einen Bachelorabschluss, sechs einen Master-

abschluss, fünf Bachelor- und Masterabschlüsse zugleich, zwei eine Promotion und eine Person besitzt sogar einen Bachelor-, Master- und Promotionsabschluss.

Die deutsche Immigrationspolitik gegenüber hochqualifizierten Migranten wurde zwar von der Mehrheit der Befragten (36 Personen) als »sehr einladend« bzw. »einladend« bewertet, 26 Personen beurteilten sie aber (eher) kritisch.

Gründe und Folgen der Abwanderung

Welche Faktoren für die Entscheidung der befragten Kirgisen im Einzelnen verantwortlich sind, kann erst im Laufe weiterer Forschungen genauer geklärt werden. Die vorliegenden Ergebnisse verbunden mit wirtschaftstheoretischen Ansätzen über Migration von Hochqualifizierten, lassen aber befürchten, dass die negative Einstellung kirgisischer Studierender bezüglich einer Rückkehr in ihre Heimat wegen des möglichen Verlustes an Humankapital große Nachteile für Kirgistan haben kann.

Wie bereits erwähnt, können diverse Faktoren für Bleibe- oder Rückkehrentscheidungen verantwortlich sein. Die allgemeine Situation in Kirgistan, d. h. die sog. Push-Faktoren, geben wenig Anlass zu Optimismus in Hinblick auf die Rückkehr hochqualifizierter kirgisischer Absolventen deutscher Hochschulen in ihr Heimatland Kirgistan. Die politische Lage ist instabil, die Demokratie nicht gefestigt und der interne Machtkampf um politischen Einfluss dauert an. Korruption ist weit verbreitet (Im Corruption Perception Index von Transparency International stand Kirgistan 2013 auf Platz 150 von 177 Staaten). Laut Weltbank Statistiken betrug das BIP in Kirgistan im Jahr 2013 7,234 Mrd. US-Dollar, damit gehört es zu den Staaten mit einem unteren mittleren Einkommen (»Lower middle income«). Im Jahr 2012 lag die Arbeitslosenquote in Kirgistan offiziell bei 8,4%, dabei sind laut ILO (International Labour Organization) mehr als 40% der arbeitsfähigen Bevölkerung junge Menschen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt nach neuesten Angaben unter der offiziellen Armutsgrenze.

Förderung von Rückkehrmigration

Natürlich müssten vor allem von Seiten Kirgistans, bzw. in Kirgistan, Maßnahmen ergriffen werden, die es seinen im Ausland Studierenden lohnend erscheinen lassen, nach Studierend in die Heimat zurückzukehren. Es wäre aber auch sehr wichtig, dass das Aufnahmeland Deutschland parallel zu den oben erwähnten liberalen Maßnahmen zur Verringerung des eigenen Fachkräftemangels im Rahmen der Entwicklungspolitik auch Maßnahmen zur Rückkehrmigration ergreift und fördert, um einem einseitigen Zustrom von Studierenden entgegenzusteuern. Grundsätzlich ist die Förderung der Rückkehr der besten Köpfe in ihr Heimatland nach

Abschluss des Studiums an einer deutschen Universität ein wichtiger Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit seinen Kooperationspartnern. Bis dato wurde dieses Programm namens »Reintegration von Fachkräften« in der Entwicklungskooperation mit Kirgistan aber nicht umgesetzt.

Laut BMZ ist gegenwärtig die Bekämpfung der Armut ein übergreifendes Ziel in der Entwicklungskooperation mit Kirgistan. Dazu gehören nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Gesundheit. Deutschland ist, nach Japan und den USA, das drittgrößte Geberland Kirgistans und an weiteren zahlreichen entwicklungspolitischen Programmen verschiedener internationaler Institutionen beteiligt. Allein für den Zeitraum zwischen 2011 und 2012 wurden 26 Mio. Euro zugesagt. Der größte Teil der Entwicklungskooperation zwischen Kirgistan und Deutschland erfolgt durch technische und finanzielle Hilfe.

Die »Reintegration von Fachkräften« wird u. a. im Rahmen des Programms Rückkehrende Fachkräfte unter der Ägide des Zentrums für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) realisiert und von der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) geleitet. Ein erfolgreiches Beispiel für die Realisierung dieses Programms ist die Mongolei, die im weiteren Sinne auch zu Zentralasien gehört und als Muster für die deutsch-kirgisische Zusammenarbeit bei der Förderung der Rückkehrmigration dienen könnte. CIM Mongolei unterstützt im Rahmen des Programms »Rückkehrende Fachkräfte« gezielt die Rückkehr mongolischer Absolventen deutscher Hochschulen oder mit mindestens zweijähriger Berufserfahrung in Deutschland durch Stellenvermittlung in verschiedenen öffentlichen und privaten Bereichen in der Mongolei, insbesondere im entwicklungspolitisch relevanten Segment, durch Zuschüsse zu Reise- und Transportkosten, für die Arbeitsplatzausstattung sowie zum Gehalt. Außerdem werden regelmäßig Infoabende und Beratungen organisiert, um den Interessenten den Informationszugang zu erleichtern.

Dieses Beispiel ist genau das Gegenteil zum kirgisischen Fall, wo man keine oder nur geringe Maßnahmen im Rahmen des Programms »Rückkehrende Fachkräfte« ergreift. Auf die entsprechende Frage in der Online-Befragung, ob Studierende aus Kirgistan deutsche Programme, die die Rückkehr in ihr Heimatland Kirgistan nach dem Studium in Deutschland fördern, kennen, antworteten lediglich 13 Personen positiv und die übrigen 49 Personen negativ. Die überwiegende Mehrheit der Befragten hatte noch nie von CIM oder einem anderen Rückkehr förderndem Programm gehört. Nach Auskunft aus dem BMZ beruht die sehr eingeschränkte Realisierung des Programms »Rückkehrende Fachkräfte« in Kirgistan auf der noch geringen Zahl

an hochqualifizierten kirgisischen Bildungsmigranten in Deutschland und damit verbunden begrenzten personellen und finanziellen Kapazitäten. Das erste Argument scheint nicht überzeugend zu sein, denn die Zahl der mongolischen Studierenden in Deutschland ist der der kirgisischen ähnlich, in manchen akademischen Jahren sogar niedriger. Allerdings zeigt die mongolische Regierung sich liberaler und lernbereiter im Bereich Good Governance.

Fazit und Ausblick

Eine gezielte Förderung der Rückkehr von hochqualifizierten Absolventen aus Kirgistan in ihre Heimat und deren Anstellung insbesondere in den entwicklungs-

politischen Bereichen wäre von Vorteil für das Land. Fehlendes qualifiziertes Personal in Kirgistan und die Abwanderung der Fachkräfte ist auch ein schon längst anerkanntes Problem der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Daher sollte Deutschland gerade wegen des geringen Interesses an einer Rückkehr bei kirgisischen Studenten die liberalen Änderungen seiner Immigrationsbestimmungen für hoch qualifizierte Ausländer besser mit den Maßnahmen seiner Entwicklungspolitik abstimmen. Ohne dies und bei einer weiterhin eingeschränkten oder selektiven Förderung der Rückkehrmigration besteht die Gefahr, dass diese entwicklungspolitische Dimension sich gegenüber manchen Entwicklungsländern in Symbolpolitik verwandelt.

Über die Autorin:

Nargiza Abdullaeva hat Internationale Beziehungen (B.A. und M.A.) in Taschkent und Friedens- und Konfliktforschung (M.A.) in Magdeburg studiert. Zurzeit ist sie Doktorandin an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr Promotionsprojekt beschäftigt sich mit der Studentemigration aus Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan.

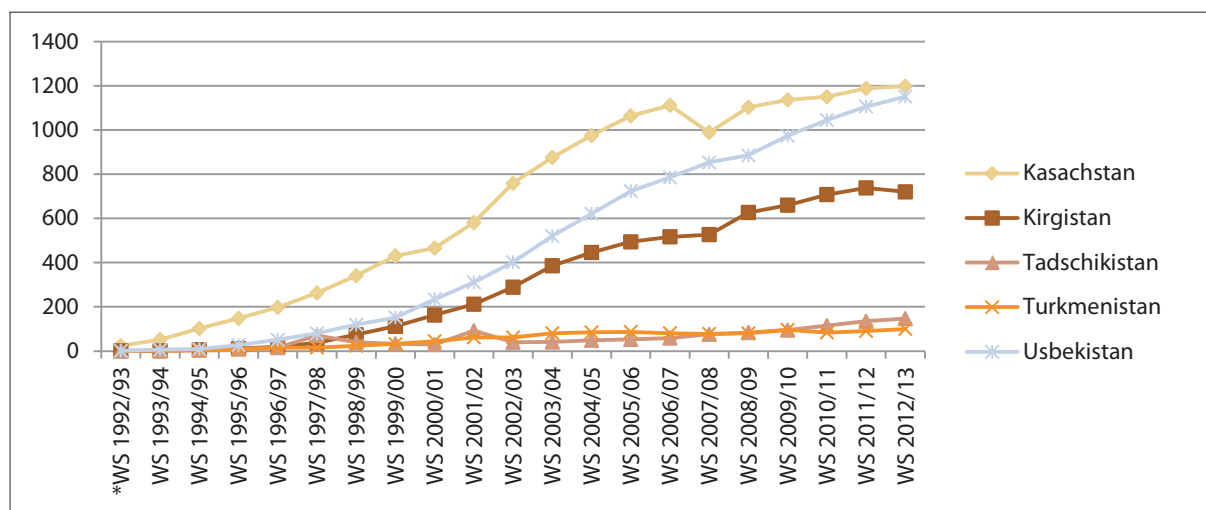
Lesetipps:

- Katie Duncan, Germany: around 50 % of foreign students stay on, in: The PIE News, July 17, 2014 = <<http://the-pienews.com/news/germany-half-international-students/>>
- Susan Thieme, Student mobility, experiences of return and employment in Kyrgyzstan, The SRC's Research Fellows Working Paper, Oktober 2011, University of Zurich, = <https://auca.kg/uploads/Migration_Database/Susan%20Thieme%20-%20Student%20mobility,%20experiences%20of%20return%20and%20employment.pdf>
- Paul Collier, Exodus. How migration is changing our world, Oxford New York 2013.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Kirgisische Studenten und das Studium in Deutschland

Grafik 1: Zahl der Studierenden aus Zentralasien in Deutschland



*WS beinhaltet das ganze akademische Jahr; Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 1: Zahl der Studierenden aus Zentralasien in Deutschland

Studienjahr	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
*WS 1992/93	24	1	1	1	1
WS 1993/94	52	1	2	3	6
WS 1994/95	102	6	5	2	9
WS 1995/96	148	11	10	7	27
WS 1996/97	198	19	16	15	51
WS 1997/98	263	37	71	16	80
WS 1998/99	341	74	40	24	119
WS 1999/00	431	112	33	32	152
WS 2000/01	466	163	30	45	234
WS 2001/02	581	212	92	62	311
WS 2002/03	759	289	40	62	402
WS 2003/04	876	386	41	81	520
WS 2004/05	975	446	49	85	621
WS 2005/06	1.064	494	53	87	724
WS 2006/07	1.112	517	59	81	785
WS 2007/08	989	527	76	78	853
WS 2008/09	1.103	627	84	80	885
WS 2009/10	1.136	660	95	96	974
WS 2010/11	1.150	708	115	84	1.045
WS 2011/12	1.188	738	135	91	1.106
WS 2012/13	1.198	720	147	100	1.151

*WS beinhaltet das ganze akademische Jahr; Quelle: Statistisches Bundesamt.

Grafik 2: Art des Hochschulabschlusses der befragten kirgisischen Studenten

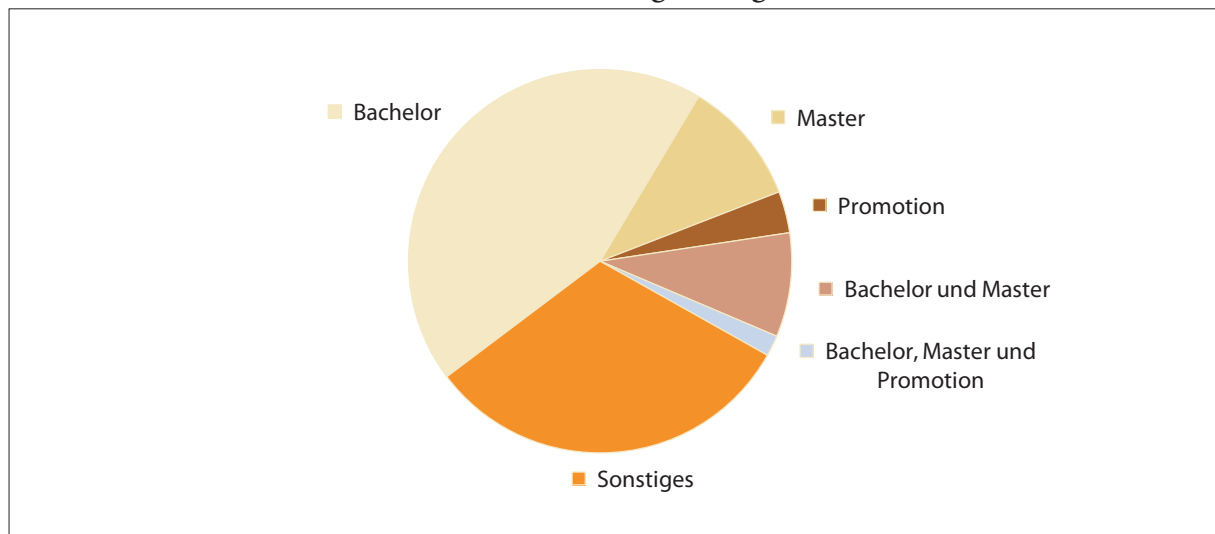
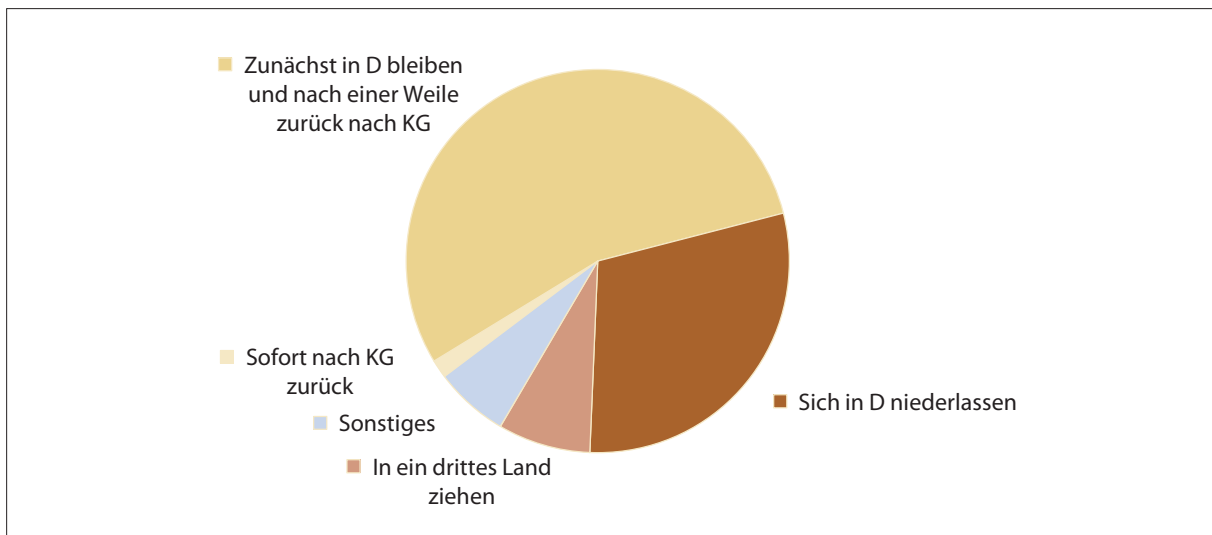


Tabelle 2: Art des Hochschulabschlusses der befragten kirgisischen Studenten

Ja, ich besitze einen kirgisischen Hochschulabschluss	Absolute Zahl (Personen)	% der Befragten
Bachelor	25	43,86
Master	6	10,53
Promotion	2	3,51
Bachelor und Master	5	8,77
Bachelor, Master und Promotion	1	1,75
Sonstiges	18	31,58
Gesamt	57	100

Grafik 3: Pläne der befragten Studierenden aus Kirgistan für die Zeit nach Beendigung ihres Hochschulstudiums in Deutschland**Tabelle 3: Pläne der befragten Studierenden aus Kirgistan für die Zeit nach Beendigung ihres Hochschulstudiums in Deutschland**

	Absolute Zahl (Personen)	% der Befragten
Sofort nach Kirgistan zurück	1	1,56
Zunächst in Deutschland bleiben und nach einer Weile zurück nach Kirgistan	35	54,69
Sich in Deutschland niederlassen	19	29,69
In ein drittes Land ziehen	5	7,81
Sonstiges	4	6,25
Gesamt	64	100

Grafik 4: Bewertung der deutschen Immigrationsmaßnahmen für Hochqualifizierte durch die befragten kirgisischen Studierenden

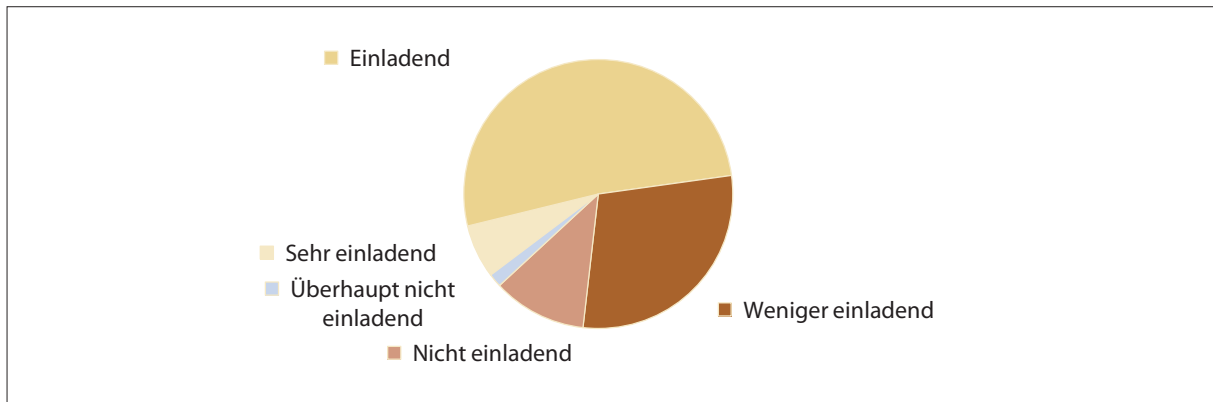


Tabelle 4: Bewertung der deutschen Immigrationsmaßnahmen für Hochqualifizierte durch die befragten kirgisischen Studierenden

Bewertung	Absolute Zahl (Personen)	% der Befragten
Sehr einladend	4	6,45
Einladend	32	51,61
Weniger einladend	18	29,03
Nicht einladend	7	11,29
Überhaupt nicht einladend	1	1,61
Gesamt	62	100

Grafik 5: Sind Ihnen deutsche rückkehrfördernde Programme bekannt?

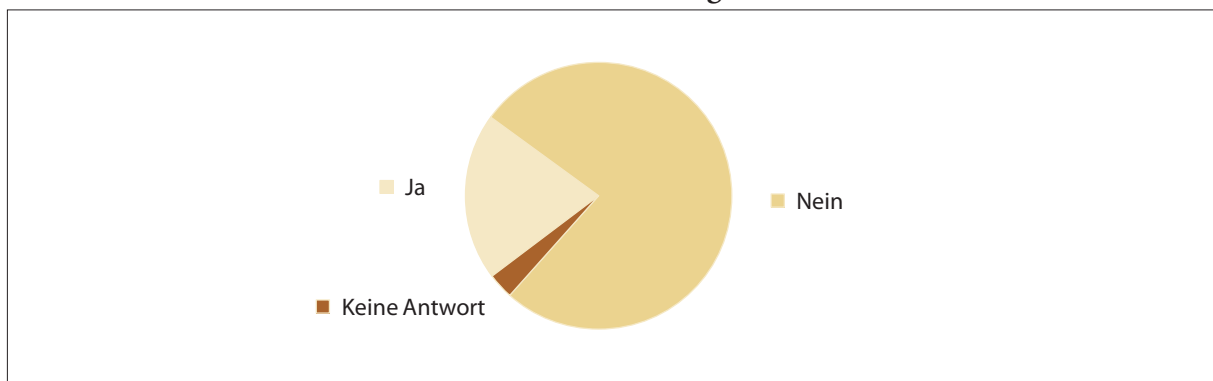


Tabelle 5: Sind Ihnen deutsche rückkehrfördernde Programme bekannt?

Antwort	Absolute Zahl (Personen)	% der Befragten
Ja	13	20,31
Nein	49	76,56
Keine Antwort	2	3,13
Gesamt	64	100

CHRONIK

21. Juni – 18. Juli 2014

Kasachstan

21.6.2014	Die EU und UNICEF starten ein Programm, das Kasachstan bei der besseren Durchsetzung von Kinderrechten unterstützen soll.
21.6.2014	Ein Gericht in Wien hat die Untersuchungshaft von Präsident Nursultan Nasarbajews Ex-Schwiegersohn Rachat Aljiew wegen Mordverdachts verlängert, meldet heute.at. Ein Prozess gegen Aljiew kann demnach nicht vor Januar 2015 beginnen; bei einem Schuldspruch droht Aljiew lebenslange Haft.
22.6.2014	In einem Telefonat besprechen Präsident Nasarbajew und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin Fragen der russisch-kasachstanischen Zusammenarbeit im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion.
22.6.2014	Radsport-Olympiasieger Aleksandr Winokurow stellt in Almaty seine neuen, z.T. in Kasachstan gefertigten Rennräder der Marke Vino vor.
23.6.2014	Vize-Premierminister Bakjytchan Sagyntajew reist zu einem Treffen des Rates der Eurasischen Wirtschaftskommission nach Sotschi.
23.6.2014	Eine Delegation unter Leitung des jordanischen Senatspräsidenten Abd-al-Rauf al-Rawabidah wird in Astana von Senatssprecher Kasjmschomart Tokajew zu Gesprächen empfangen.
23.6.2014	Die OSZE-Hochkommissarin für nationale Minderheiten, Astrid Thors, trifft zu einem viertägigen Besuch in Kasachstan ein.
24.6.2014	Das Eisenbahnunternehmen Kazakh Temir Scholy kündigt den Neubau eines Bahnhofs in Astana anlässlich der EXPO-2017 an.
24.6.2014	Die Union der Journalisten Kasachstans verleiht u. a. WikiLeaks-Gründer Julian Assange ihren diesjährigen Preis für investigativen Journalismus.
25.6.2014	Öl- und Gasminister Usakbai Karabalin kündigt an, dass bis 2030 der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Gasversorgung von 32 % auf 56 % gesteigert werden soll.
25.6.2014	Die untere Kammer des Parlaments verabschiedet ein Gesetz zum Transit von britischen Militärgütern aus Afghanistan über kasachstanisches Territorium.
25.6.2014	Das Industrieministerium gibt Pläne bekannt, den kasachstanischen Anteil an den Erdölförderprojekten Kaschagan und Karatschaganak zu steigern.
25.6.2014	Bei einem Kongress in Astana fordert Premierminister Karim Massimow den Übergang der Basare des Landes zu zivilisierten Handelsorten voranzutreiben.
25.6.2014	Ein Gericht in Uralsk (Gebiet Westkasachstan) verurteilt den im Januar festgenommenen britischen Staatsbürger Peter Baruch wegen sexuellen Missbrauchs und Produktion sowie Verbreitung pornographischen Materials zu acht Jahren Gefängnis.
26.6.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz zur Umsetzung des Kooperationsabkommens zu Sicherheitsfragen im Kaspischen Raum, das im Jahr 2010 von den Anrainerstaaten in Baku geschlossen wurde.
27.6.2014	Präsident Nasarbajew kündigt die Aufhebung der Visapflicht für Bürger Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der VAE, der Niederlande, Malaysias, Südkoreas und Japans ab dem 15.7.2014 für ein Jahr an. Die Regelung gilt für Aufenthalte bis zu 15 Tagen.
27.6.2014	In Almaty findet ein Forum zur Diskussion einer Strategie zu Gasproduktion und -export in Zentralasien statt, an dem zahlreiche Vertreter nationaler und internationaler Konzerne teilnehmen.
27.6.2014	Der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Bagdat Maikewew wird von einem Militärgericht wegen Schmiergeldannahme in besonders großem Umfang zu einer Gefängnisstrafe von sechs Jahren verurteilt.
28.6.2014	Premier Massimow wird in Sotschi von seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen empfangen.
30.6.2014	Nach Angaben des aserbaidischen Nachrichtenportals Trend.az befinden sich Exxon-Mobile und Shell in Verhandlungen mit der kasachstanischen Regierung um eine Verlängerung ihres Engagements am Erdölfeld Kaschagan um 20 Jahre.
30.6.2014	Der russische Präsident Putin ratifiziert ein bilaterales russisch-kasachstanisches Abkommen über gutnachbar-schaftliche Beziehungen im 21. Jahrhundert.
30.6.2014	Präsident Nasarbajew setzt per Dekret die Modernisierung des kasachstanischen Rentensystems, die u. a. Regelungen über eine Mindestrente einschließt, bis zum Jahr 2030 in Kraft.

30.6.2014	Der Chefredakteur der Zeitschrift Anys Adam (Der legendäre Mensch) wird von einem Gericht in Almaty wegen des umstrittenen Hitler-Themenhefts zu einem Bußgeld von 13 Mio. Tenge (ca. 71.000 US-Dollar) verurteilt.
1.7.2014	Die Regierung hat ein Exportverbot für Erdölprodukte bis zum Ende des Jahres verhängt, meldet Kazakhstan Today.
2.7.2014	In einer im staatlichen Fernsehen übertragenen Telekonferenz in Anwesenheit von Präsident Nasarbajew geben Mitglieder der Regierung Auskunft über ihre Arbeitsergebnisse bei der Verwirklichung des Programms für innovative industrielle Entwicklung. Nach Angaben von Industrieminister Aset Issekeshew wurden im ersten Fünfjahresabschnitt 120 Projekte mit einem Finanzumfang von 3,8 Mrd. US-Dollar realisiert. Für den zweiten Abschnitt (2015–20) sollen nach Angaben des Ministers für Haushaltsplanung, Jربولat Dosajew, rund 38 Mrd. US-Dollar bereitgestellt werden.
2.7.2014	In Almaty wird nach den Eingemeindungen Anfang dieses Jahres bei einer Sitzung des Stadtrats der neue Stadtbezirk Naurysbai gegründet.
2.7.2014	Der Vorsitzende der Agentur für die Regulierung natürlicher Monopole, Murat Ospanow, wird wegen des Verdachts der Annahme von Schmiergeldern festgenommen.
2.7.2014	Präsident Nasarbajew fordert gegenüber den Ministern für Gesundheit und Bildung einen sensibleren Reformkurs.
3.7.2014	Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) vergibt einen Kredit in Höhe von 36 Mio. US-Dollar für die Reform des kasachstanischen Justizsystems.
4.7.2014	Der bisherige kasachstanische Botschafter in Deutschland, Nurlan Onschanow, wird zum Assistenten von Präsident Nasarbajew ernannt.
5.7.2014	Wegen der Zahlungsunfähigkeit der kasachstanischen Reiseagentur Gulnar Tour können mehr als 3.000 Kunden ihren bereits bezahlten Urlaub nicht antreten, 300 Reisende stecken seit Tagen in der Türkei fest.
7.7.2014	Der Journalist Andrej Tsukanow wird in Almaty bei einer Recherche von Polizisten festgenommen, verprügelt und sein Camcorder beschlagnahmt.
7.7.2014	Das Internationale Olympische Komitee benennt Almaty, Oslo und Beijing im Rahmen der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2022 als Finalisten.
7.7.2014	Vor einem Gericht in Boston beginnt der Prozess gegen den kasachischen Freund und mutmaßlichen Komplizen der sog. Kofferbomber, Asamat Taschajakow. Dem Angeklagten droht wegen der Behinderung von Ermittlungen durch Entfernung von Beweismitteln eine Haftstrafe von bis zu 25 Jahren.
8.7.2014	Ein Gericht in der Stadt Atyrau verurteilt drei Polizisten wegen Folter eines des Diebstahls Verdächtigten zu Haftstrafen zwischen einem und zwei Jahren.
9.7.2014	Die Regierungen Kasachstans, Russlands und Weißrusslands sind nach Angaben von Nowosti-Kasachstan in Verhandlungen um das System für einen gemeinsamen Energiemarkt getreten, das im Jahr 2019 in Kraft treten soll.
10.7.2014	KazMunaiGaz befindet sich mit dem polnischen Konzern PKN Orlen in Übernahmeverhandlungen um die Erdölraffinerie im litauischen Mazeikiai, meldet AkiPress.
14.7.2014	Die Agentur für Statistik gibt bekannt, dass das Durchschnittseinkommen in Kasachstan im Mai gegenüber dem Vorjahresmonats um 10,8 % auf 335 US-Dollar gestiegen ist.
16.7.2014	Im Tal des Karkara-Flusses zwischen Kasachstan und Kirgistan wird ein nur im Sommer besetzter Grenzübergang für Bergwanderer eröffnet. Der Übergang ist jedoch nur nach Voranmeldung durch akkreditierte Tourismusagenturen möglich.
17.7.2014	Nach einem in Astana veröffentlichten Bericht hat Kasachstan die geringste Jugendarbeitslosenquote aller GUS-Staaten.
17.7.2014	Die Zeitung Wremja veröffentlicht Einzelheiten eines Skandals, wonach zahlreiche Mitarbeiter des Außenministeriums über Jahre hinweg in die illegale Visavergabe an Ausländer verwickelt gewesen sein sollen.
18.7.2014	Air Astana stellt in Reaktion auf den Abschuss einer malaysischen Boeing-777 über der Ostukraine ihre Flüge nach Kiew ein und ändert bei anderen Flügen die Routen.
18.7.2014	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurden in der ersten Jahreshälfte 2014 15 Websites mit extremistischem Inhalt identifiziert und verboten.

Kirgistan

21.6.2014	Die Vizepremiere von Kirgistan und Tadschikistan, Abdyrachman Mamatalijew und Muradali Alimardon, erörtern bei einem Treffen in Batken Probleme der Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Grenze.
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

22.6.2014	Truppen des Innenministeriums räumen die von Anhängern des verhafteten Ata-Dschurt-Politikers Achmatbek Keldibekow seit fast einem Monat blockierte Überlandstraße Osch-Irkeschtam. Diese bleibt aber wegen Steinwürfen dennoch unpassierbar.
23.6.2014	Das Parlamentskomitee für den Kampf gegen Korruption fordert aus Verärgerung darüber, dass die Regierung nicht einen geforderten Bericht über den Stand der Durchführung der Anti-Korruptionsgesetze vorgelegt hat, deren Rücktritt.
24.6.2014	Präsident Almasbek Atambajew empfängt den Generalsekretär der SCO, Dmitrij Mesenzew, zu einem Meinungsaustausch über regionale und internationale Fragen sowie die Perspektiven der SCO.
25.6.2014	Parlamentssprecher Asylbek Dscheenbekow trifft in Straßburg mit der stellvertretenden Generalsekretärin des Europarates, Gabriella Battaini Dragoni, zu Gesprächen zusammen.
25.6.2014	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung den Entwurf des Gesetzes über Beleidigung, der Strafen von 2.000 – 70.000 Som vorsieht und von Menschenrechtlern kritisch beurteilt wird.
25.6.2014	Vizepremier Tairbek Sarpaschew kommt während seines Arbeitsbesuchs in Saudi-Arabien mit Vertretern arabischer Stiftungen zu Gesprächen über mögliche Investitionen und Handelsbeziehungen zusammen.
25.6.2014	Anlässlich des Internationalen Tages der Folteropfer wird in Bischkek eine zweitägige Ausstellung von Gemälden des zu lebenslanger Haft verurteilten Menschenrechtlers Asimschan Askarow eröffnet.
25.6.2014	Aus dem Bezirk Susak (Gebiet Dschalalabad) wird die Festnahme von fünf der Mitgliedschaft in der verbotenen islamistischen Bewegung Hizb ut-Tahrir Verdächtigen gemeldet.
27.6.2014	Premierminister Dschoormat Otorbajew stellt die Ergebnisse einer Umfrage des Sozialfonds vor, nach der 90 % der kirgisischen Unternehmer unzufrieden mit der Höhe wie auch den Formalien der Zahlung der Sozialabgaben sind.
30.6.2014	In der Nacht wird der usbekischen Menschenrechtlerin Wasilija Inojatowa, Vorsitzende der Gruppe Esgulik (Wohltat), auf dem Flughafen von Bischkek die Einreise nach Kirgistan verweigert. Als Grund wird vermutet, dass sie Organisatorin einer Demonstration wegen der Osch-Ereignisse in der Nähe der kirgisischen Botschaft in Taschkent war.
30.6.2014	Die Anhänger Keldibekows geben ihren Protest an der Straße Osch-Irkeschtam endgültig auf.
1.7.2014	Die chinesischen Konzerne Bejing Urban Construction Group (BUCG) und China Machinery Engineering Corporation (CMEC) unterzeichnen ein Memorandum of Understanding mit JSC Manas International Airport über die Bereitstellung von mehr als 1 Mrd. US-Dollar für den Bau eines Cargo Terminals auf dem Manas Airport, Bischkek und eines neuen Flughafens in Osch.
2.7.2014	Die stellvertretende Generalstaatsanwältin, Ljudmila Usmanowa, teilt vor der Presse mit, dass der mit internationalem Haftbefehl gesuchte Schwerekriminelle Asis Batukajew in der russischen Autonomen Republik Süd-Ossetien verhaftet wurde. Seine Auslieferung ist beantragt. Batukajew war unter fragwürdigen Umständen am 9.4.2013 aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft in Kirgistan entlassen worden.
2.7.2014	Ferganews.com berichtet, dass am 30.6. ca. 50 chinesische Staatsbürger, die in Tokmok (Gebiet Tschui) für einen chinesischen Subunternehmer in einer erdölverarbeitenden Fabrik arbeiteten, wegen nicht gezahlter Löhne in einen gewalttätigen Ausstand getreten waren. Nach ihrer Festnahme durch kirgisische Sicherheitskräfte erwies sich, dass sich 25 von ihnen illegal in Kirgistan aufhielten. Sie wurden am 1.7. abgeschoben.
3.7.2014	24.kg meldet unter Berufung auf das Innenministerium, dass zur Zeit nur ca. zehn Kirgisen im syrischen Bürgerkrieg kämpfen würden. Aber auch innerhalb Kirgistans sei ein starkes Anwachsen extremistischer Propaganda zu beobachten. Andere Quellen gehen von bis zu hundert kirgisischen Kämpfern in Syrien aus, darunter auch Frauen.
3.7.2014	Premier Otorbajew empfängt in Bischkek den stellvertretenden tadschikischen Premier Murodali Alimardon zu Gesprächen u. a. über den Stand der Verhandlungen über die gemeinsame Grenze. Alimardon teilt vor der Presse mit, dass sein Land 7 Mio. Som (ca. 100.000 US-Dollar) für Schäden, die kirgisischen Bürgern bei dem Grenzzwischenfall am 7.5.2014 entstanden sind, zahlen wird.
3.7.2014	Nach Angaben von Wirtschaftsminister Temir Sarijew auf einem kirgisisch-chinesischen Wirtschaftsforum in Bischkek sind aktuell ca. 400 kirgisisch-chinesische Joint Ventures in Kirgistan tätig.
4.7.2014	Der stellvertretende Außenminister Askar Beschimow empfängt in Bischkek seinen kasachstanischen Amtskollegen Samat Ordabajew zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
7.7.2014	Die Schweizer Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf trifft in Bischkek als erster Station ihrer Zentralasienreise mit Präsident Atambajew zu einem Gespräch u. a. über die weitere bilaterale Zusammenarbeit zusammen.

7.7.2014	Nurkaly Dschumabajew and Omurbek Duischenalijew werden mit Dekret des Präsidenten zu stellvertretenden Verteidigungsministern ernannt.
8.7.2014	Premier Otorbajew hält sich zu einem eintägigen Arbeitsbesuch in der mongolischen Hauptstadt Ulaan-Baatar auf, wo er von Präsident Tsahiagiyn Elbegdorj, Premierminister Norovyn Altanhuyag und dem Parlamentsvorsitzenden Zandaakhuu Enhbold empfangen wird.
10.7.2014	In Tamdyk an der Grenze zu der im Gebiet Batken gelegenen tadschikischen Enklave Woruch kommt es erneut zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Grenzern beider Staaten, bei der eine Person stirbt, sieben Zivilisten und ein tadschikischer Grenzer werden verletzt. Die Verbindungsstraße von Tadschikistan in die Enklave wird geschlossen.
10.7.2014	Nach Angaben des Nationalen Komitees für Statistik leben in Kirgistan 37 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, fast ¾ davon auf dem Land.
11.7.2014	Der in Dschalalabad ansässigen NGO Spravedlivost (Gerechtigkeit) wird der diesjährige Max van der Stoep-Preis der OSZE für ihr erfolgreiches Engagement zum Schutz der Rechte nationaler Minderheiten zugesprochen.
12.7.2014	Premier Otorbajew empfängt seinen kasachstanischen Amtskollegen Karim Massimow zu Gesprächen vor allem über den geplanten Beitritt Kirgistans zur Eurasischen Union.
14.7.2014	Premier Otorbajew empfängt den neuen Chef der IMF-Mission in Kirgistan, Edward Gemayel, u. a. zu Gesprächen über den Stand der Zusammenarbeit und weitere Pläne zur Verbesserung des Investitionsklimas.
14.7.2014	Präsident Atambajew unterzeichnet das neue Gesetz über die biometrische Registrierung der Bürger des Landes, das damit in zehn Tagen in Kraft treten wird.
15.7.2014	Der stellvertretende Verteidigungsminister Samir Suerkulow erklärt gegenüber der russischen Nachrichtenagentur Interfax, dass die militärische Zusammenarbeit mit den USA in Zukunft reduziert, die mit der SCO dagegen ausgebaut werde.
15.7.2014	Die Außenminister Kirgistans und Kasachstans, Jerlan Abdyldajew und Jerlan Idrisow, unterzeichnen in Bischkek ein Kooperationsabkommen für die Jahre 2014–2015.
16.7.2014	In Bischkek endet das fünfte Treffen der Außenminister der zentralasiatischen Staaten plus Japans mit der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung »Eine neue Dekade der Zusammenarbeit zwischen Zentralasien und Japan«.
16.7.2014	Am Rande des Außenministertreffens erhält Jerlan Abdyldajew von seinem japanischen Amtskollegen Fumio Kushida bei einem Treffen die Zusage über japanischen Kredit von 118 Mio. US-Dollar für Straßenbau.
16.7.2014	Präsident Atambajew unterzeichnet den Vertrag über internationalen Straßentransport mit Tadschikistan, der im Mai 2013 unterzeichnet worden war. Er ermöglicht den Transport von Gütern und Menschen durch kirgisches und tadschikisches Staatsgebiet ohne bürokratischen Aufwand.
16.7.2014	Nach Angaben des stellvertretenden Premier Abdyrachman Mamatalijew ist der Beginn des Baus der Umgehungsstraße um die tadschikische Enklave Woruch nach dem jüngsten Grenzzwischenfall verschoben worden.
17.7.2014	In Bischkek erörtern Außenminister Abdyldajew und sein tadschikischer Amtskollege Sirojiddin Aslow Probleme des aktuellen wie vergangener Grenzkonflikte, aber auch größere gemeinsame Infrastrukturprojekte.
18.7.2014	Premierminister Otorbajew kündigt an, dass ein russisches Darlehen von 30 Mio. US-Dollar für die Lösung der Gasprobleme im Süden verwenden werde. Dieser ist seit Mitte April ohne Gasversorgung, weil, so Otorbajew, Usbekistan aus politischen Gründen die Lieferung eingestellt hatte.
18.7.2014	Energie- und Industrieminister Osmonbek Artykbajew erklärt gegenüber Journalisten, dass der Bau des Wasserkraftwerkes Kambar-Ata 1 2,7–3 Mrd. US-Dollar kosten werde.

Tadschikistan

21.6.2014	Innenminister Ramason Rahimsoda dementiert auf einer Pressekonferenz in Duschanbe Berichte deutscher Medien, dass Personen aus dem Umfeld des Präsidenten in Deutschland gestohlene Luxuslimousinen fahren würden. Auch sei die Zahl der in Deutschland gestohlenen Wagen mit 78 erheblich geringer als in Internetmedien behauptet.
23.6.2014	Der russische Premier Dmitrij Medwedjew unterzeichnet ein Gesetz, das tadschikischen Staatsbürgern ab 1.1.2015 die Einreise in die RF nur noch mit einem gültigen Auslandspass, und nicht mehr wie bisher mit einem tadschikischen Inlandspass, erlaubt.

24.6.2014	Die Nachrichtenagentur Avesta meldet unter Berufung auf das Transportministerium, dass die ADB in diesem Jahr 1 Mio. US-Dollar für eine Feasibility-Studie über den Bau des tadschikischen Teils der Eisenbahnstrecke Tadschikistan–Afghanistan–Turkmenistan 2014 bewillige und 2015 100 Mio. für den tadschikischen Bauabschnitt bereit stellen wird.
24.6.2014	Das Innenministerium gibt die Festnahme von zwei tadschikischen Staatsbürgern, die in Afghanistan auf Seiten der Taliban gegen die ISAF gekämpft haben sollen, bekannt.
24.6.2014	Reporter ohne Grenzen fordert die tadschikische Regierung auf, den am 16.6. in Chorog verhafteten Konfliktforscher Aleksandr Sodikow frei zu lassen.
26.6.2014	Human Rights Watch kritisiert in einer Analyse der Folgen des geplanten Baus des Wasserkraftwerkes Rogun die Regierung, weil 1.500 Familien durch ihre erforderliche Umsiedlung schlechter gestellt wurden. Die zuständigen staatlichen Stellen erklären dagegen, dass es bei der Umsiedlung zwar einige Probleme gegeben habe, insgesamt sei es aber durch den Einsatz erheblicher Mittel gelungen, den Betroffenen einen guten Ersatz zu bieten.
26.6.2014	In Kairokkum (Gebiet Sogd) endet ein zweitägiges Treffen der Chefs der Grenzdienste und hochrangiger Sicherheitskräfte der SCO-Staaten. Man ist sich einig über eine enge Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und Drogenhandel.
27.6.2014	Ein Petersburger Online-Medium meldet, dass bereits am 24.5. ein Mitarbeiter des tadschikischen Konsulats in der Stadt von zwei Jugendlichen angegriffen worden sei, die inzwischen strafrechtlich verfolgt würden. Die Botschaft Tadschikistans in Moskau bestreitet daraufhin, überhaupt ein Konsulat in der Stadt zu haben, obwohl ein solches z. B. im Telefonbuch mit Adresse aufgeführt ist.
1.7.2014	Außenminister Aslow beginnt seinen Großbritannienbesuch mit einem Gespräch mit Senior Minister of State at the Foreign and Commonwealth Office, Baroness Sayeeda Warsi. Es wird ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Auch der Fall des im Auftrag einer britischen Universität arbeitenden, verhafteten Wissenschaftlers Sodikow soll bei Aslows Treffen Gesprächsgegenstand gewesen sein.
1.7.2014	Die Strompreise steigen ab sofort um 15 %. Die letzte Erhöhung hatte im März 2012 stattgefunden.
4.7.2014	Am Nurek-Stausee muss wegen hohen Wasserstandes Wasser im Leerlauf abgelassen werden. Da Tadschikistan nicht mehr am zentralasiatischen Stromnetz hängt, kann es weder im Winter Strom im-, noch im Sommer exportieren.
5.7.2014	Asia-Plus meldet, dass der Chef des staatlichen Energiegesellschaft Barki Tojik, Nasarsoda Asliddin Gulmurod, und seine Stellvertreter von Präsident Rachmon entlassen wurden. Nachfolger wurden Rachmatsoda Rustam Mirso, Jamsched Bobojew und Bahrom Asimow.
7.7.2014	Der stellvertretende Außenminister Nisomiddin Sohidow empfängt den UNDP Vertreter Christian Privat zu Gesprächen vor allem über den Stand der Implementierung des United Nations Development Assistance Fund (UNDAF) 2010–2015 in Tadschikistan.
7.7.2014	Die private Zeitung Asia-Plus hat mit der Abzahlung einer gerichtlich angeordneten Strafe wegen eines die nationale Intelligenz beleidigenden Artikels begonnen. Die Summe von 30.000 Somoni (ca. 6.000 US-Dollar) wird je zur Hälfte von der Zeitung und ihrer Chefredakteurin, Olga Tutubalina, aufgebracht.
8.7.2014	Präsident Rachmon empfängt die Schweizer Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf zu Gesprächen über alle Aspekte der bilateralen Zusammenarbeit.
8.7.2014	Nach Angaben des Komitees für Religionsangelegenheiten sind fast 3.000 Studenten, die an religiösen Lehranstalten im Ausland studierten, zurückgekehrt und setzen ihre Ausbildung in einheimischen Religionsschulen fort. Knapp 200 sollen im Ausland geblieben sein.
10.7.2014	An der Grenze der von kirgisischem Territorium umgebenen Exklave Woruch kommt es erneut zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Grenzern beider Staaten, bei der eine Person stirbt, sieben Zivilisten und ein tadschikischer Grenzer werden verletzt. Das Außenministerium sendet eine Protestnote nach Bischkek.
12.7.2014	Präsident Rachmon nimmt eine ganze Reihe personeller Umbesetzungen hochrangiger Positionen vor, u. a. ernennt er mit Murtaso Haidarsoda auch einen neuen Chef der staatlichen Drogenkontrollagentur im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan.
14.7.2014	TALCO, der größte Industriebetrieb Tadschikistans, ist wegen der niedrigen Aluminiumpreise und nicht funktionsfähiger technischer Anlagen nur zu einem Drittel in Betrieb.
14.7.2014	Die Lage an der Grenze der Exklave Woruch ist friedlich. Da sich die Darstellung der Ursachen und des Ablaufs des Konfliktes erheblich unterscheiden, beschließen Kirgistan und Tadschikistan eine gemeinsame Untersuchung.

14.7.2014	In Sankt Petersburg wird der wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der Islamischen Partei Turkestans mit internationalem Haftbefehl gesuchte tadschikische Staatsbürger Ikrom Dawronow festgenommen.
14.7.2014	Auf Anordnung der Behörden werden in den Lebensmittelmärkten des Landes Videokameras installiert, um ein unerlaubtes Ansteigen der Lebensmittelpreise während des Ramadan zu verhindern.
15.7.2014	Nach Angaben der Naturschutzbehörden hat der Staat mit der Erteilung von Jagdgenehmigungen für Marco-Polo-Schafe in der Saison 2013/14 mehr als 3 Mio. Somoni (knapp 600.000 US-Dollar) eingenommen.
15.7.2014	Nach Angaben des Direktors des hydrometeorologischen Dienstes Tadschikistans sind die Gletscher des Landes in den vergangenen 70 Jahren um 30 % zurückgegangen, was langfristig auch in Tadschikistan einen Wassermangel zur Folge haben kann.
16.7.2014	Außenminister Aslow erklärt in Bischkek, dass die Grenzprobleme mit Kirgistan auf bilateraler Ebene gelöst werden könnten, die Beteiligung dritter sei nicht erforderlich.
17.7.2014	Die örtlichen Behörden des Bezirks Dschalolidini Rumi (Gebiet Chatlon) kündigen einen Pachtvertrag mit der chinesischen Gesellschaft Sinzjan Inchai wegen Nichteinhaltung der Vertragsbestimmungen. Diese sahen vor, dass die 270 ha Pachtland landwirtschaftlich genutzt werden müssen.
18.7.2014	In Almaty endet die fünfte Runde der Beratungen über den Bau des Rogun-Wasserkraftwerkes in Tadschikistan, an der nach Angaben der Weltbank Vertreter der fünf zentralasiatischen Staaten und Afghanistans sowie von fast 50 NGOs teilgenommen haben.

Turkmenistan

21.6.2014	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow und seine südkoreanische Amtskollegin, Park Geun-hye, wohnen der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen dem Staatskonzern Turkmengaz und den südkoreanischen Konzernen LG und Hyundai über den Bau gasverarbeitender Anlagen in Turkmenistan mit einem Investitionsvolumen von 4 Mrd. US-Dollar bei.
23.6.2014	In Aschchabad kommt es zwischen Bewohnern des Stadtteils Parachat-7 und Sicherheitskräften zu Tumulten, nachdem die lokale Verwaltung die Beseitigung von privaten Klimaanlage aus ästhetischen Gründen angekündigt hatte. In der Hauptstadt herrschen derzeit Temperaturen zwischen 41 und 43 Grad Celsius.
23.6.2014	In Aschchabad findet ein in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und der IOM organisierter Kongress zu Problemen von Flüchtlingen und Staatenlosen statt. Außenminister Raschid Meredow und Präsident Berdymuchammedow erklären während einer zeitgleich stattfindenden Kabinettsitzung, dass ihr Land seinen Verpflichtungen in diesem Bereich nachkommen werde.
26.6.2014	Der EU-Sondergesandte für Zentralasien, Janos Herman, trifft zu Gesprächen über die Zusammenarbeit im Bereich Energie und Wassermanagement in Aschchabad ein.
29.6.2014	Anlässlich des 57. Geburtstages von Präsident Berdymuchammedow erscheint ein Sammelband mit dem Titel »Ein in der Welt anerkannter Führer«.
6.7.2014	Bei einer Kabinettsitzung wird bekannt, dass das turkmenische Teilstück der Nord–Süd-Eisenbahnverbindung zwischen Iran und Kasachstan fertig gestellt ist.
6.7.2014	In Aschchabad findet unter Leitung von Vize-Premier Baimurad Hadschimuchammedow eine neue Verhandlungsrunde um die TAPI-Pipeline (Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien) statt.
8.7.2014	RFE/RL berichtet unter Berufung auf Angehörige, dass der Wehrdienstleistende Ihtiyar Hydyrow durch Folter in der Armee ums Leben gekommen ist. Eine von den Angehörigen geforderte unabhängige Autopsie lehnen die Behörden ab.
8.7.2014	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt ein Dekret, mit dem die Löhne und Gehälter von Staatsangestellten ab dem 1.1.2015 um 10 % angehoben werden sollen.
9.7.2014	Bei einer erweiterten Kabinettsitzung entlässt Präsident Berdymuchammedow Vize-Premier Babanijas Italmasow, sein Nachfolger wird der ehemalige Bauminister Batyr Ereschow. Auch mehrere Minister (u. a. für wirtschaftliche Entwicklung sowie für Finanzen) werden entlassen und andere hohe Beamte wegen unzureichender Arbeitsergebnisse verwarnet.
10.7.2014	Der Chef des Menschenrechtsrats unter dem Präsidenten der RF, Michail Fedotow, erklärt in einem Radiointerview, dass sein Land sich uneingeschränkt für die Rechte von Bürgern mit einer doppelten russischen und turkmenischen Staatsbürgerschaft einsetze.

12.7.2014	Auf Anordnung Präsident Berdymuchammedows wird die Ruchnama, das Werk seines Vorgängers Saparmurat Nijasow, als Prüfungsgegenstand bei Universitätszugangsprüfungen durch Fragen zur Geschichte Turkmenistans ersetzt.
14.7.2014	Der turkmenische Botschafter in der RF, Berdymurat Redschepow, erklärt nach einem Treffen des diplomatischen Corps mit Präsident Berdymuchammedow, dass sein Land zwar Russland als strategischen Partner ansehe, einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion aber nicht in Erwägung ziehe.
15.7.2014	Die Facebook-Gruppe »Alternativnye nowosti Turkmenistana« (Alternative Nachrichten aus Turkmenistan), in der im Exil lebende Turkmenen zusammengeschlossen sind, verfügt ab sofort auch über eine eigene Website <habartm.org>.
16.7.2014	Die Botschaft Turkmenistans in Kirgistan wird in Bischkek eröffnet.

Usbekistan

21.6.2014	Am Abend strahlt der russische Fernsehsender Ren-TV ein Interview mit dem 21jährigen Sohn von Präsidententochter Gulnara Karimowa, Islam, aus. Nach seinen Worten befinden sich seine Mutter und seine Schwester in einem inoffiziellen Hausarrest, er habe seit Ende Januar keinen Kontakt mehr zu ihnen.
24.6.2014	Der am 9.6. in Nukus wegen des Besitzes von Psychopharmaka verhaftete italienische Arzt ist frei und konnte in seine Heimat zurück kehren. Gegen ihn wurde allerdings ein fünfjähriges Einreiseverbot verhängt, meldet Fergananeews.com
26.6.2014	Nach Angaben usbekischer Menschenrechtler ist der am 30.5. aus medizinischen Gründen aus dem Gefängnis entlassene Menschenrechtler Abdurasul Chudoinasarow am Morgen im Alter von 58 Jahren an einer in der Haft erworbenen Tuberkulose gestorben.
26.6.2014	Die usbekische UzAvtoSanoat und die italienische Landi Renzo SpA haben in der Freien Wirtschaftszone Nawoi ein Joint Venture zur Produktion von Autos mit alternativem CNG-Antrieb gegründet, meldet UzReport.
26.6.2014	Auf den Märkten von Taschkent finden groß angelegte Razzien gegen illegale Geldwechsler statt.
27.6.2014	Uzmetronom.com meldet die Festnahme von mehr als 100 Mitarbeitern des staatlichen Zolldienstes.
27.6.2014	Die russische Nachrichtenagentur Interfax meldet unter Berufung auf Regierungskreise, dass der russischen Telekommunikationsfirma MTS wieder die Tätigkeit in Usbekistan erlaubt werden soll. 2012 war die ehemalige Tochter von MTS, Uzdunrobita, als damals größter Anbieter vom Markt gedrängt und in den Bankrott getrieben worden, MTS soll dabei mehr als 2 Mrd. US-Dollar verloren haben. Usbekische Quellen dementieren die Meldung allerdings.
28.6.2014	Ein Gericht in Taschkent verurteilt den Journalisten Said Abdurachimow, der Material über die Probleme wegen Straßenbaus umgesiedelter Bürger gesammelt hatte, zu einer Geldstrafe von ca. 4.000 US-Dollar und der Abgabe seiner Videokamera, wegen Verbreitung von Panik und Arbeitens ohne Akkreditierung. Reporter ohne Grenzen fordert eine Revision des Urteils.
28.6.2014	Der israelische Landwirtschaftsminister Yair Shamir beendet seinen dreitägigen Usbekistanbesuch, bei dem er u. a. Gespräche mit seinem usbekischen Amtskollegen Schuchrat Teschajew geführt hatte.
30.6.2014	Im diesjährigen Ranking der Stabilität von Staaten (Fragile State Index) der Zeitschrift Foreign Affairs und des Funds for Peace taucht Usbekistan auf Platz 48 (von 178) als der am stärksten von Fragilität bedrohte Staat Zentralasiens auf.
1.7.2014	In Bern wird ein Protokoll zur Vermeidung von Doppelbesteuerung zwischen Schweiz und Usbekistan unterzeichnet, damit verbunden ist auch ein Informationsaustausch auf Ersuchen einer Seite.
3.7.2014	12news.uz meldet, dass im Gebiet Taschkent acht Frauen wegen extremistischer Tätigkeit im Umfeld von Hizb ut-Tahrir verurteilt wurden. Die Höhe der Strafe wurde nicht mitgeteilt.
7.7.2014	Mit einem Dekret der Regierung werden die Preise für Dieseltreibstoff um 11,7 % angehoben, für Öko-Diesel um 11,5 %.
7.7.2014	In einer Liste der »50 Städte, die Sie gesehen haben müssen« der Huffington Post taucht auf Platz 41 Samarkand als einzige postsowjetische Stadt auf.
8.7.2014	Die russische Lukoil meldet, dass sie im ersten Quartal 2014 im Vergleich zum Vorjahr ihre Investitionen in Exploration und Förderung von Öl in Usbekistan um 38,5 % auf 133 Mio. US-Dollar gesteigert hat.
9.7.2014	Laut Regierungswebsite Gov.uz hat Asis Abduchakimow das Amt des Ministers für Arbeit und Soziales angetreten, meldet UzReport.

9.7.2014	Innenminister Adham Ahmedbajew berät in Taschkent mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, über eine Verstärkung der Zusammenarbeit im Kampf gegen Drogen, Terrorismus und religiösen Extremismus.
9.7.2014	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass Ende Juni die beiden Männer, die bis zu ihrer Festnahme im Herbst 2013 in Stadt und Gebiet Taschkent gezielt alte alleinstehende Menschen ausgeraubt und ermordet hatten, zu lebenslänglich bzw. 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurden.
10.7.2014	Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu trifft während seines Taschkentbesuches mit Präsident Karimow und seinem Amtskollegen Abdulasis Kamilow zusammen.
11.7.2014	Nachdem in den letzten beiden Wochen ein Mangel und damit verbunden starker Preisanstieg für Zucker für Unruhe in der Bevölkerung gesorgt hatte, erscheint in der offiziellen Zeitung Halk Sozi (Wort des Volks) ein Artikel, der Zucker als schädlich bezeichnet und zu getrockneten Früchten als Ersatz rät.
11.7.2014	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass in einem Dorf im Bezirk Chawast (Gebiet Syrdarja) mehr als 30 Fälle von Milzbrand aufgetreten sind.
14.7.2014	In der Nacht vom 13. zum 14.7. brennt in Angren (Gebiet Taschkent) ein zweigeschossiger Supermarkt völlig ab. Menschen kommen nicht zu Schaden.
14.7.2014	Die usbekischen Dienste von RFE/RL und BBC melden, dass zwei der engsten Vertrauten von Präsidententochter Gulnara Karimowa, Rustam Madumarow und Gayane Awakjan, schon im Mai zu zehn bzw. neun Jahren Haft verurteilt wurden, Madumarow u. a. wegen Erpressung, Awakjan wegen Steuerhinterziehung, Kapitalvergehen etc. Eine offizielle Bestätigung über die Länge der Haftstrafen liegt nicht vor.
14.7.2014	Der Verkauf von bei GM Uzbekistan produzierten Autos in Russland ist in der ersten Jahreshälfte 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12 % gesunken.
16.7.2014	Am Rande des Treffens der Außenminister der zentralasiatischen Staaten und Japans in Bischkek trifft Außenminister Kamilow mit seinem japanischen Amtskollegen Fumio Kushida und Kirgistans Außenamtschef Jerlan Abdylidajew zusammen.
16.7.2014	Usbekische Medien berichten, dass die Notlandung eines deutschen Militärhubschraubers bei Termes vermutlich ein Feld in Brand gesetzt und deshalb Verärgerung bei der Bevölkerung ausgelöst habe.
17.7.2014	Das Landwirtschaftsministerium meldet für die ersten Monate des Jahres eine Rekordernte.
17.7.2014	Das Joint Venture Coca-Cola Ichimligi Uzbekistan wird die Produktion von Coca-Cola, die im Frühjahr 2014 auf Druck von Sicherheitskräften eingestellt worden war, demnächst wieder aufnehmen, meldet Fergananeews.com.
18.7.2014	Die staatliche Energiegesellschaft dementiert Berichte russischer Medien, dass die usbekische Regierung über den Bau eines Atomkraftwerkes im Osten des Landes berate.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH, vom Verband der Deutschen Wirtschaft in der Republik Kasachstan und von der GIZ unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g



giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2014 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>